

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit mehrerer Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepostete Kolonettzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Insetrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 21. September 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Ein Landwirtschafts-Professor gegen die Brotwucherer.

In Contrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik hat Professor Leisewitz-München, Professor der Landwirtschaft, eine lehrreiche Abhandlung über die landwirtschaftliche Produktion im Deutschen Reich und ihr Verhältnis zum inländischen Bedarf veröffentlicht. Diese Abhandlung ist jetzt besonders lesenswert, da die Agrarier, um ihren schamlosen Brot- und Fleischwucher zu rechtfertigen, immer wieder die Behauptung aufstellen, sie seien sehr wohl im Stande, den Brot- und Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung selbst zu decken, wenn das Reich nur durch die mittels höherer Zölle herbeigeführte Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz die landwirtschaftliche Produktion lohnender gestalten wolle.

Prof. Leisewitz hat es nicht mit der Frage zu thun, ob bei einer gründlichen Umgestaltung der Agrarverfassung, bei socialistischer Agrarpolitik der deutsche Boden weit höhere und für den deutschen Konsum ausreichende Erträge geben kann. Er betrachtet sie durchaus von der Voraussetzung, von der die Agrarier selbst ausgehen.

Prof. Leisewitz stellt zunächst fest, wie groß im Zeitraum der letzten 7 Jahre die zur Ernährung der Bevölkerung, der Viehbestände und zu gewerblichen Zwecken zur Verfügung gestandenen Getreidevorräte gewesen sind. Der Berechnung zu Grunde gelegt sind die Ernteerträge, die Aussaatmengen, die Ein- und Ausfuhrbeträge. Wir greifen nur einige Jahre heraus, bei welchen sich folgendes Bild ergibt. Es standen zur Verfügung und kamen zur Verwendung:

Getreidearten	in 1000 Tonn		in 1000 Kilogramm	
	1898/99	99/00	97/98	98/1900
Weizen und Spelz . . .	4244	4712	4354	4980
Roggen	8000	7550	7746	8027
Gerste	3260	3202	3331	3856
Hafers	3945	5797	5584	6490

Mit diesen Mengen waren auf den Kopf der Bevölkerung verfügbar resp. zur Verwendung genommen 88,3 Kilogramm Weizen, 150,6 Kilogramm Roggen, 68,7 Kilogramm Gerste, 108,2 Kilogramm Hafer. Zu den verfügbaren Getreidemengen mußte das Ausland liefern: an Weizen 23-34 Proz., im Durchschnitt 27,3 Proz., an Roggen 4 bis 10 Proz., im Durchschnitt 6,6 Proz., an Gerste 27-33 Proz., im Durchschnitt 30 Proz., an Hafer 3-9 Proz., im Durchschnitt 6,5 Proz. In der siebenjährigen Periode bestand aber eine ganz erhebliche Unzulänglichkeit in der Produktion von Weizen und Gerste, ein geringeres Minus in der Produktion von Roggen und Hafer. Zum Ersatz der notwendigen ausländischen Getreidezufuhr würde eine inländische Mehrproduktion bei Weizen um 33 Proz., bei Roggen um 6,2 Proz., bei Gerste um 38 Proz., bei Hafer um ebenfalls 6,2 Proz. durch die Landwirtschaft nötig gewesen sein. Konnte die deutsche Landwirtschaft diesen Ersatz schaffen? Die Frage wird von Prof. Leisewitz verneint. Ohne eingreifende Umgestaltungen in landwirtschaftlichen Betrieben würde die Mehrung der Produktion nicht möglich gewesen sein. Mag es auch gelingen, den Roggenbau bei gleichzeitig einzuschränkendem Futterkonsum dem anderweitigen Bedarfe anzupassen, so dürfte dies beim Weizenbau gänzlich unmöglich sein, denn es wird im Deutschen Reich wohl nirgendwo noch Weizenboden auf Kultivierung harren und die klimatisch gezogenen Schranken lassen sich weder aus dem Wege räumen noch die Hebung der Erträge durch Düngung effektvoller gestalten.

Aber die Frage liegt noch viel schwieriger, denn die landwirtschaftliche Produktion hätte notwendigerweise einen Aufschwung nehmen müssen, der nicht bloß dem gegenwärtigen Bevölkerungsstande angemessen war, sondern auch dem durch die starke Bevölkerungszunahme bedingten Anwachsen des Bedarfs angepaßt war. Durch Zahlen aus den letzten Jahrzehnten beweist Prof. Leisewitz, wie wenig die landwirtschaftliche Produktion der Bevölkerungszunahme zu folgen vermag. Zwar ist seit dem vorletzten Jahrzehnt das Bestreben, den Getreidebau auszudehnen, unverkennbar, doch ist seit 1898 teils eine Schwächung, teils Stagnation eingetreten und die Erträge sind weit hinter den mit der Bevölkerungszunahme wachsenden Bedarfsmengen zurückgeblieben. Die Durchschnittsmengen aus den beiden zehn-jährigen Perioden betragen pro Hektar

Fruchtarten	Periode 78/87	Periode 88/97	Mehrertrag
Winterweizen	13,4 Doppel-Ctr.	14,5 Doppel-Ctr.	+ 8,2 Proz.
Sommerweizen	11,9	13,0	+ 12,0
Winterroggen	10,1	11,0	+ 9,0
Sommerroggen	7,9	8,1	+ 2,5
Gerste	13,0	13,5	+ 3,8
Hafer	11,5	12,0	+ 4,3

Die Bevölkerungszunahme betrug von 1882-95 14 Proz., von 1895 bis 1900 7,8 Prozent, im ganzen seit 1882 21,5 Proz., während die Ertragsmehrung bei Winterweizen für die beiden 10-jährigen Perioden 8,2 Proz. und für die folgende 3-jährige Periode 2,1 Proz., bei Sommerweizen 12 und 2,5 Proz., bei Winterroggen 9 Proz. und 0, bei Sommerroggen 2,5 Proz. und 0, bei Gerste 3,8 und 4 Proz., bei Hafer 4,3 und 1,8 Proz. betrug. Eine 20-jährige praktische

Erfahrung schlägt also das ganze agrarische Gerede von der durch hohe Zölle bewirkten Steigerung der Produktion zusammen. Die heutige Landwirtschaft kann dem gesteigerten Bedarf mit ihrer Produktion nicht folgen, sie muß in anderer Richtung, namentlich in der Erweiterung des für die technischen Nebengewerbe betriebenen Pflanzenbaues momentane Erfolge zu realisieren suchen.

Aus den zahlenmäßigen Darlegungen geht klar die Nichtigkeit der von uns gegenüber dem heutesuchenden Junkertum geltend gemachten Gründe hervor. Ein Mangel an Nahrungsmitteln würde durch die Absperrung der ausländischen Zufuhr dauernd hervorgerufen werden, folglich auch dauernde Hungernotpreise, die die Taschen bankrotter Junker mit Millionen füllen, dem Volke aber die furchtbarsten Lasten auferlegen. Dabei sind bei diesen Berechnungen noch immer normale Jahre angenommen worden. Was aber soll werden, wenn nach der Erhöhung der Getreidezölle Fehlernten eintreten? Professor Leisewitz weist nach, wie dann aus einer heute vielleicht wenig fühlbaren landwirtschaftlichen Kalamität ein allgemeiner Notstand für den ganzen Volkshaushalt entstehen würde und dem Staate die Alternative gestellt wäre, entweder nach allen Seiten bis zur Erschöpfung aus seinen disponiblen Fonds Subventionierungen zu spenden, oder die Zollschranken niederzulassen. Wie viel schändliches Arbeiterelend aber würde unsere Sozialdemokratie-Regierung erst ansehen, ehe sie zu solcher Maßregel schritt!

Einer der Hauptgründe, die unsre Kanäle für die verlangte Erhöhung der Getreidezölle geltend machen, lautet: der Fortbestand der gegenwärtigen Getreidepreise werde den „Niedergang der Landwirtschaft“, „unbermeidlich“, „unaufhaltbar“ machen, die Bodenrente auf ein Minimum reduzieren und dergleichen mehr. Wie lächerlich diese „Gründe“ sind, zeigt Leisewitz in zahlreichen Beispielen. Einzelne zahlenmäßige Nachweisungen sind ja schon früher zum Vorschein der „Notleidenden“ in die Öffentlichkeit gelangt. Die Erfolge des landwirtschaftlichen Betriebes z. B. auf dem Gute Lupitz in der Altmark, auf der preussischen Domäne Schlanstedt im Reg.-Bezirk Magdeburg, auf den Gütern des Fürsten Lichnowsky in Oberschlesien und den benachbarten Bauerngütern, ferner auf verschiedenen litauischen Gütern und bei der großen Mehrzahl der bäuerlichen Wirtschaften zeigen, wie übertrieben die Notstandsphantasie der Getreidegrafen zumeist ist. Trotz allen agrarischen Jammerens nimmt das schon seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hervorgetretene Strigen des Wertes des Grund und Bodens seinen ungehemmten Fortgang. Der im Kaufpreise zum Ausdruck gelangte Landwert konnte zu ungeahnter Höhe steigen. Bis gegen Mitte vorigen Jahrzehnts hatte der Kaufpreis pro Hektar im Durchschnitt bei den Rittergütern den Stand von 2945 Mk., bei den Landgütern die Höhe von 3486 Mk. erreicht und war damit bei den ersteren auf den 2/3fachen, bei den letzteren auf den 3fachen Betrag der Preise aus der Periode von 1840 bis 1860 gestiegen. Wenn nun auch ein gewisser Anlaß zum Steigen durch weitere Ausstattung der Güter mit Immobilienkapitalien (Baulichkeiten und Kulturanlagen) gegeben worden sein mag, so kann dies nicht zu stetigem Ansteigen des Kaufpreises bis zu so exorbitanter Höhe der Grund sein. Hierin zeigt sich vielmehr der volkswirtschaftliche Aufschwung, die gestiegene Landeskultur, die sich für die Agrarier in Gold verwandelt hat.

Wie wenig diese ganze Erhöhung der Agrarzölle im Interesse der ganzen Landwirtschaft, zumal der Kleinbauern liegt und wie mit ihr nur einseitig den Interessen bestimmter Großgrundbesitzer gedient ist, beweist Professor Leisewitz ferner noch an den Viehzöllen. Aus den Andeutungen der agrarischen Fachpresse geht nämlich hervor, daß die großen Landwirte, welche Ruzviehzucht betreiben, schon jetzt mit der Erhöhung der Schutzölle rechnen und erst nach sicherer Erhöhung des Zolles auf Jungvieh und Zuchttiere, sowie auf Fleisch- und andre Schlachtwaren sich mit der Erweiterung des Betriebes der Ruzviehzucht zu befassen gedenken. Die Erschwerung des Imports durch Zollserhöhung ist für sie das Signal, die Preise für Ruzvieh in die Höhe zu treiben. Allen Landwirten, die Ruzvieh beschaffen und halten, würde dies also erschwert und verteuert werden, während nur die großen Züchter den Vorteil haben, ganz abgesehen von der Verteuerung des Lebensunterhalts, welchen die Arbeiterklasse zu tragen haben würde bei Erhöhung der Zollschranken für Schlachtvieh, Fleisch und andre Schlachtwaren. Die Preise für Schlachtvieh, vielleicht mit einziger Ausnahme der Schweine, die Preise für frisches Fleisch und Butter haben im Verlaufe eines Jahrzehnts einen so hohen Stand erklommen und ebenso haben sich die Preise für Zucht- und Arbeitsvieh einen so hohen Stand gewahrt, daß ihre weitere Erhöhung schwere Gefahren für die Volkswirtschaft in sich birgt.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die agrarischen Zollwucherer für ihren Raubzug auf die Taschen des Volkes als Begründung nichts haben anführen können als die alten Unwahrheiten der Agitatoren des Bundes der Landwirte, während sich, je länger der Kampf dauert, auf unserer Seite desto zahlreicher die Ränker der Wissenschaft einfinden, die das Verderbliche der agrarischen Bestrebungen einsehen. Die agrarische Regierung will sich jedoch ebenso den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung wie der Stimme des bedrohten Volkes verschließen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. September.

Vom Notau zur Ordeuschung.

Es wird gemeldet:

Der Kaiser verlieh dem Prinzen Tschun nach dem gestrigen Paradebenedicten am Bord der „Hohenzollern“ das Großkreuz des Roten Adler-Ordens.
 Der Erfolg der chinesischen Entführung ist somit ein vollständiger.

Die Angst vor der Arbeiterbewegung.

Die ministerielle „Berliner Korrespondenz“, deren Redaktion zumeist Ferien hat und, wenn sie einmal etwas der Welt zu verkündigen hat, sich im wesentlichen auf die Mitteilung von Personalien und der Errichtung neuer Reichsbank-Filialen beschränkt, sofern sie sich nicht etwa den Hummerbrief-Schwund des Luzerner Comités D. alias Kornmann-Schumann ausfinden läßt — dieses amtliche Organ eröffnet heute in feierlicher Weise die politische Saison, indem es eine Meinungsäußerung der Regierung über den — Brotwucher — ach nein, über — — — die Spaltung in den Evangelischen Arbeitervereinen verbreitet.

Daß die evangelischen Arbeitervereine, dieses erhabene Bollwerk gegen die Socialdemokratie, geborsten sind, bereitet der Regierung höchste Sorgen. Möglicherweise hat sich auch der Centralverband irgend einen Minister kommen lassen, um ihn über die neue Gefahr aufzuklären. Jedenfalls verurteilt die amtliche Anklagegang und gar den Buedischen Geist. Es heißt da:

Raumann und seine Freunde betreiben bekanntlich die enge Anghiederung der Evangelischen Arbeitervereine an die vermeintlich „neutralen“ Gewerkschaften, deren bisherige Entwicklung und Verfassung über ihre Zugehörigkeit zur Socialdemokratie füglich keinen Zweifel lassen kann, während die Bohumer Gruppe eine derartige Verbrüderung zurückweist. Man wird den Versicherungen der Anhänger Raumanns, daß sie in principiellem Gegensatz zur Socialdemokratie ständen, Glauben beimessen dürfen, ihr Auftreten und Verhalten aber kommt thatsächlich den Socialdemokraten zu gute. Das socialrevolutionäre Princip, welches auf den Trümmern der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen ein utopisches socialistisches Gemeinheitsgebilde verwirklichen möchte, steht zu tief im ganzen Wesen der freien „neutralen“ Gewerkschaften in ihrer gegenwärtigen Gestalt, um den Grundanschauungen der evangelischen Arbeitervereine Raum zu ungehindeter Entfaltung zu gewähren. Eine außerordentliche politische Kurzsichtigkeit und ein gefährlicher Optimismus liegen der Erwartung zu Grunde, daß gemeinsam mit den socialdemokratischen Arbeiterorganisationen die von Raumann seiner Zeit befürwortete „Herstellung allumfassender unpolitischer und unkonfessioneller Berufsverbände“ sich werde bewirken lassen. Die Gewerkschaften stehen auf dem Boden des Klassenkampfes, der Anführung des Gegensatzes zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, die evangelischen Arbeitervereine hingegen haben bisher, bei aller Entschiedenheit in der Vertretung der Interessen des Arbeiterstandes, unter Anerkennung der geltenden Wirtschaftsordnung einem Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital auf christlich-nationalem Fundament das Wort geredet. Ueber den hieraus sich ergebenden Zwiespalt werden auch die Raumannschen Ideen von der Aufrechterhaltung eines „nationalen Kaiserthums unter demokratischer Flagge“ nicht hinwegzusehen. Es muß befürchtet werden, daß im Laufe der Zeit die Arbeitermassen, welche von Raumann in ungeliger Verblendung nach links hin in ein radikales Fahrwasser gesteuert werden, nicht nur Schalter an Schalter mit den zielbewußten „Genossen“ ins Feld ziehen, sondern auch zu deren Parteifahne zu schwören geneigt sein werden. Das wäre in hohem Maße bedauerlich, und man kann nur wünschen, daß die Verbände, ehe es zu spät ist, die Gefahren der schiefen Ebene, auf die sie geraten sind, sich gegenwärtigen und den Weg zur Umkehr zu gewinnen suchen. Daß diese Gefahr von der starken Minderheit des rheinisch-westfälischen Verbandes Evangelischer Arbeitervereine erkannt wird, kann nur mit Befriedigung verzeichnet und der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß diese Erkenntnis innerhalb der Evangelischen Arbeitervereine sich immer mehr ausbreite.

Herr Raumann ist Gegner der Socialdemokratie, die mit allen Mitteln zu unterwählen er sich zur nicht beneidenswerten Lebensaufgabe gesetzt hat. Er steht auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, er ist bis zum Jungottum national und vom moralischen und weltpolitischen Phantasien geradezu befreit. Aber er ist ein Freund der nationalen Gewerkschaftsbewegung, zumal die Förderung ihm auch ein Mittel scheint, die Socialdemokratie zu überwinden. Und dieser eine Frevler genügt, um über ihn und seine Anhänger den amtlichen Baum auszusprechen.

Nun ist es klar, daß jeder ehrliche Anhänger einer Gewerkschaftsbewegung, auch wenn er Gegner der Socialdemokratie ist, vor allem die ungeliche Zerspaltung bekämpfen muß. Die Arbeiter müssen einheitlich gewerkschaftlich organisiert sein, sonst sind sie dem koallierten Unternehmertum nicht gewachsen. Gerade vor dieser Einseitigkeit der Gewerkschaftsbewegung aber fürchtet sich das Unternehmertum, in dessen Geist und Dienst jetzt die Regierung die evangelischen Arbeitervereine verwahrt. Wenn sie zu diesem Zweck wieder einmal die rote Bogelienche blödeste Art in ihren Gärten stellt, so weiß man — Herr Bued hat das neulich ausgesprochen —, daß das nur Vorwand ist. Die kapitalistische Gesellschaft, die sich nicht darum kümmert, ob nach ihr die Sündflut hereinbricht, hat keine Zukunftsorgen, sondern lediglich Gegenwartsorgen. Sie glaubt nicht an den Zukunftssaat, aber daß die Arbeiter stark werden könnten, um in dem Arbeitsverhältnis wirksam mitzubestimmen — davor graut den Herren im Hause, die über Sklaven frei zu schalten wünschen. Darum suchen sie jede Einigung der Gewerkschaftsbewegung zu

Hintertreiben, und die Regierung handelt in ihrem Interesse, indem sie mit dem roten Arbeiterführer wirtschafet.

Darin freilich hat die ministerielle Auslassung recht, daß die evangelischen Arbeitervereine schließlich doch notwendig zu den freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie kommen müssen. Aber die Spaltung der evangelischen spielt in diesem Entwicklungsprozeß gar keine oder nur eine sehr geringe Rolle. Auch die von den Unternehmern gebildeten Leibverbände, auch die gutgemeinte Bochumer Richtung wird mit der wachsenden Ausprägung des Proletariats in den gewaltigen Strom der modernen Arbeiterbewegung getrieben, die sich sowohl darüber klar ist, daß für die gewerkschaftlichen Kämpfe einheitliche Organisation notwendig, wie sie auch das wohl erkannt hat, daß auf dem Boden der Lohnkämpfe allein die soziale Frage in keiner Weise gelöst werden kann, sondern daß sie immer nur dazu helfen können, das Proletariat wehhaft im Kampf um die politische Macht zu machen, die dann die radikale Umgestaltung der kapitalistischen Anarchie ermöglicht. Gegen diese Entwicklung des Proletariats ist kein Kraut gewachsen, sie kommt, und jener Spaltungsprozeß mag als kleines Zeichen dieser Entwicklung immerhin gewürdigt werden. —

Der Friedens-Jar.

Wie für das Manöver, so hat sich der Friedens-Jar auch für das Manöver der französischen Landtruppen bei Biry-les-Reims äußerst lebhaft interessiert. Ramentlich das neue Geschütz Modell 75 nahm seine Aufmerksamkeit derart in Anspruch, daß er sich von einem französischen Lieutenant ganz genau den Mechanismus desselben erklären ließ. Auch die Rede, die der Jar aus Anlaß eines Trinkspruchs des Präsidenten Loubet hielt, erinnerte in nichts an den Friedens-Jaren, der am 28. August 1898 sein berühmtes Friedensmanifest allen Petersburger Vertretern der auswärtigen Mächte überreichte.

Loubet hatte in seinem Toast die etwas gewagte Behauptung aufgestellt, daß Frankreich und die Vertreter Frankreichs „alle eines Herzens“ bemüht seien, „die Krone mit allem zu versehen, was ihre Stärke auf den höchsten Punkt“ bringen könne. Worauf der Jar u. a. antwortete:

„Die Manöver, welchen wir soeben beigewohnt haben, haben mir gestattet, persönlich den Grad der Vollkommenheit der glänzenden französischen Armee zu würdigen, welche mir das Herz erfreut als ein Gegenstand gerechten Stolzes für das befreundete Frankreich. . . Ich betrachte sie gern als eine mächtige Stütze der Grundzüge der Billigkeit, auf denen die allgemeine Ordnung, der Friede und das Wohlergehen der Nationen beruhen.“

Man merkt der Stillfierung dieser Rede wieder das sorgsam Ausgestellte und Abgewogene an. Ein Friedens-Jar kann sich natürlich über die zum äußersten raffinierte geheime Organisation zum Massenmord nicht freuen, allein es ist ihm als dem Freund und Verbündeten Frankreichs doch wohl gestattet, sein Herz daran zu erfreuen, daß die glänzende französische Armee einen Gegenstand gerechten Stolzes für das befreundete Frankreich bildet. Das ist zwar schon mehr Sophistik, die der herrlichen Logik ins Gesicht schlägt, aber es ist doch immerhin ein Versuch, unvereinbare Gegensätze möglich zu mildern. Koch kampfhafter ist der Versuch, die — nach den Versicherungen Loubets — „auf den höchsten Punkt“ gebrachte Kriegsrüstung Frankreichs als etwas darzustellen, was sich mit dem Friedensmanifest des Jahres 1898 durchaus in Einklang bringen lasse. Andre Monarchen haben es, wie wir gestern bereits erwähnten, ungeheuer leicht, die Kriegsrüstungen aus dem angeblich heißesten Bestreben heraus zu erklären, möglichst solide Friedensgarantien zu schaffen. Der Jar jedoch kann sich dieses Trugschlusses oder je nachdem auch dieses Taktspielertums nicht bedienen. Hat er in seinem Friedensmanifest doch gerade auf das Irrige der Annahme hingewiesen. Dieß es doch in dem Manifest:

„Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage (des unangefochtenen Nützens) sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnisvoller Weise zu eben der Katastrophe führen würde, die man (?) zu vermeiden wünscht.“

Der Jar sagte denn auch nicht fälschlich, daß die kostlose Kriegsrüstung Frankreichs eine Friedensgarantie bilde, sondern er erklärte mit weitgehender Unbestimmtheit, daß er die französischen Rüstungen als „eine mächtige Stütze der Grundzüge der Billigkeit“ betrachte, auf denen der Friede der Nationen beruhe.

In Frankreich hat man diese Phrase als eine verdeckte Drohung gegen den „unbilligen“ Eroberungskrieg Englands in Südafrika ausgelegt. Wir zweifeln aus verschiedenen Gründen an der Richtigkeit dieser Interpretation. Denn der Jar, der kirchlich noch selbst in höchst kirchlicher Weise eine chinesische Provinz annektierte, ist zweifellos der letzte, der sich zum Sittenrichter über Englands Raubpolitik aufwerfen dürfte. Auch ist es äußerst unwahrscheinlich, daß der Jar daran denken könnte, vermittelst des Prestiges des Zweibundes zu Gunsten der Vorenenrepublik zu intervenieren. England würde eventuelle Drohungen verachten, da es nur zu gut weiß, daß es Nützlich am Königs, dem Geld, fehlt, derartigen Drohungen durch eine kriegerische Aktion Nachdruck verleihen zu können.

Die gewundenen Phrasen der Jarntoaste sind eben nichts als der Beweis dafür, daß auch die blenden Friedensbetreibungen und Friedensmahnungen des 98er Manifestes eitel Phrasen waren. . .

Der Bump. Die „Frankfurter Zeitung“ bestätigt, daß tatsächlich die Jarntoaste mit der Aufnahme einer großen Anleihe zusammenhänge. Frankreich zeigte sich den russischen Wünschen sehr entgegenkommend (?), indessen soll die Anleihe aus verschiedenen Gründen erst nach drei Monaten realisiert werden, hauptsächlich auch deshalb, weil die im Rai abgeschlossenen Eisenbahnanleihen noch nicht placiert sind. Vom diesmaligen Betrage, angeblich einer Milliarde Frank, wird wiederum ein großer Teil zu Eisenbahnbauten verwendet.

Ordenslegen. Der Kaiser von Rußland hat dem Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau, dem Kammerpräsidenten Deschanel und dem Senatpräsidenten Fallières den Alexander Nevisi-Orden und den übrigen Ministern den Weißen Adler-Orden verliehen. —

Deutsches Reich.

Die Dresdener Preßkatastrophe.

Der größte Teil der bürgerlichen Presse fährt fort, für den Dresdener Zeitungsstand nicht das geringste Interesse zu zeigen. Ueber jeden gerissenen Leitungsdraht wird mehr geschrieben, als über diesen Fall von Korruption, wie er in Deutschland bisher in diesem Umfang noch nicht festgestellt worden ist. Das Schweigen läßt sich nicht anders erklären, als daß die bürgerliche Presse gar nichts Wertwürdiges in dem Vorkommnis erblickt. Fehlt nur noch, daß die journalistischen Verbandsorganisationen die entlassenen Märtyrer zu Ehrenmitgliedern ernennen.

Selbst die antisemitisch-agrarische Presse, die doch sonst nicht genug über die Börsenkorruption räsonnieren kann, ist merklich zurückhaltend. Es ist allerdings für sie auch ein Pech, daß die fatale Sache gerade in dem Musterlande christlich-germanischer Ehrlichkeit passiert ist, in dem guten Lande Sachsen, wo bekanntlich der

„gesunde“, der „arische“ Kapitalismus gedeiht. Und nun erweist sich dort gleich fast die gesamte Presse als bestialisch!

Inzwischen ist noch ein Preßhändler auf der Strecke geblieben. Auch das Amtsblatt des Rates von Dresden, der „Dresdener Anzeiger“, der Eigentum der städtischen Gänge-Stiftung ist, hat seinen Handelsredacteur entlassen. Dagegen leugnet die „Dresdener Zeitung“, daß sie mit dem besetzten Berliner Vertreter etwas zu thun gehabt habe; der Fall scheint aber keineswegs aufgeklärt.

Wem es sei noch, daß ein Teil der Herren auch die Berliner Presse informiert hat. Der Mann vom „Anzeiger“ soll sogar der Korrespondent des „Wolffschen Telegraphenbureaus“ sein, was das „Verl. Tagebl.“ allerdings bestritt.

Unser Dresdener Parteiorgan schreibt über den Fall:

„Was hier in Dresden aufgedeckt worden ist, übersteigt alles bisher Dagewesene. Noch nie und nirgends hat man einen solchen Mattenkönig von beeinflussten Journalisten zusammen gesehen, noch nie zuvor ist eine solche Korruption im großen aufgedeckt worden. In andern Städten wurde dieser oder jener der Bestechlichkeit überführt, bestand wohl ein oder das andre Blatt, dem man nicht recht trauen durfte: in Dresden aber finden wir ein förmliches Kartell der Unredlichkeit, das sich auf alle einflussreichen bürgerlichen Blätter erstreckte. Jene gebihrliche Bekämpfung der aufstrebenden Arbeiterschaft, die den ganzen Ordnungsmangel zusammengeführt hat, machte die Journalisten auch sonst solidarisch. Gewohnt, mit den schönsten Mitteln den Kampf um die politische Macht zu Gunsten der Privilegierten zu kämpfen, ging bei vielen von ihnen das Gefühl für das Anständige, bei den Vortragsredactoren dann auch noch das für das Erlaubte zum Teufel. Feierte auf politischem Gebiete der Grundsatz „Der Zweck heiligt die Mittel“ bei der Wahlentrichtung unter der Mithilfe der bürgerlichen Journalisten seine rasenden Triumphe, so wurde auf andern Gebieten der alte Vespasianische Satz zum leitenden Prinzip: „Geld regiert nicht.“

Eines mühte das andre gebären: die sittliche Fäulnis der oberen Klassen, deren stinkende Dünste ekelerregend in die Nase beißen, die politische Verlotterung des Bürgertums, die in der ganzen Welt berufenen Diktatoren der sächsischen Verwaltungs- und Justizbeamten, die vollendete Unfähigkeit, den großen Problemen einer neuen Zeit gerecht zu werden, der wir in Sachsen überall begegnen, dazu und deswegen der unerhörte Niedergang des bürgerlichen Preßwesens — das alles hängt auf das innigste zusammen und kann nicht von einander getrennt werden.

Seit langer Zeit haben wir uns eindringlich bemüht, auf die schweren Gefahren hinzuweisen, die dem sächsischen, insbesondere dem Dresdener Wirtschaftslieben drohten; mit Sarcasmen haben wir die gesamte kapitalistische Presse in der denkbar schärfsten Weise solchen aufdringlichen Bemühen entgegen gearbeitet. Die Ereignisse haben uns recht: ein Brauch von unheiliger Festigkeit brach herein. Aber immer noch war die bürgerliche Presse eifrig beschäftigt, Couffinen zu schieben und Schleier aufzuhängen, oder, um ohne Bild zu sprechen: die Kleinen in den Traum einer gefährlichen Sicherheit einzulassen — zum Nutzen der Großen. Das konnte nicht mit rechten Dingen zugehen. Wer Augen hatte, zu sehen, mußte auf den Verdacht geraten, daß dort mit unredlichen Mitteln gearbeitet wurde. Es ist ein blamables Zeichen von wirtschafts-politischem Unverständnis, daß die Redaktionschefs der jetzt so arg bloßgestellten Zeitungen die deutlichen Spuren nicht bemerkten. Die Herren sollten unter sich einen „Klub der Harmlosen“ gründen — in nicht kriminellen, wenn auch peinlichen Sinne des Wortes. Die Geschäftsleute und kleinen Kapitalisten aber, die im kurzfristigen Vertrauen auf die gefährdeten Handels- und Vorkommnissen ihrer sozialistenresistenten Leibblätter ihre Geschäfte betrieben, mögen sich bei den Redaktionen jener Blätter für ihren — Reinsfall bedenklich bedanken! —

Zum Zolltarif.

Im preussischen Handelsministerium wurden am Freitag die Konferenzen über den Zolltarif-Erweiterung eröffnet. Diese Konferenzen haben nicht den Zweck, grundsätzliche Fragen des Tarifs zu erörtern, sondern sollen lediglich Einzelheiten in der Anordnung und in der Höhe der Positionen behandeln.

Gegen den Handelsminister Möller wendet sich nach der „Deutschen Tageszeitung“ jetzt auch mit schwerem Geschick die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“. Sie nennt den Minister einen aus den Kreisen der Quebracholder- und Eiben-Großindustrie hervorgegangenen Herrn und tadelt das von ihm bewiesene „schändliche Uebermaß von Loyalität“ den ausländischen Vertragskontrahenten gegenüber. Die Korrespondenz verurteilt Herrn Möller vollends, indem sie seine Handelspolitik als Nachfolge der Caprivischen einschätzt.

Für die Wandleremanagie, die einen Minimalwucher von 7,50 M. fordert, ist Herr Möller gewiß ein wenig ausrächtig. Aber Herr Möller hat es nicht verdient, als Schüler Caprivis verächtigt zu werden. Caprivi setzte den Kornzoll von 5 M. auf 3,50 M. herab, Herr Möller will ihn von 3,50 M. auf mindestens 5 M. und 5,50 M. hinaufführen!

Zum jüngst bekannt gegebenen neueren Posadowsky-Vettel beim Centralverband bemerkt jetzt veräppelt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Der Vorwärts“ behandelt diese Mitteilung als eine „sensationalen Enthüllung“. Wir wissen absolut nicht, was an dieser Meldung sensationell sei, höchstens das eine, daß das Reichsamt des Innern immer noch dem Centralverbande großes Vertrauen zu schenken scheint. . . Nun scheint es aber so, als habe das Reichsamt des Innern, um seiner Stellung in der Gesamtregierung eine größere Festigkeit zu geben, dem Centralverbande den Wunsch nahegelegt, daß er sich für den Doppelartikel aussprechen möge. Wenn das geschehen ist, so bedauern wir aufrichtig, daß das Reichsamt des Innern wiederum so unvorsichtig gewesen ist. Derartige Dinge macht man nur, wenn man sicher ist, daß eine gewisse Diskretion gelbt wird. Ist man dessen nicht sicher, so läßt man die Finger davon, weil solche Einwirkungen leicht mißverstanden werden können. Aus früheren Erfahrungen hätte das Reichsamt des Innern aber erkennen müssen, daß diese Voraussetzungen bei dem Centralverbande nicht durchaus zutreffen.“

Es ist gut und recht, daß ein Reichsamt durch Herausforderung von Interessenten-Landungen gegen andre Reichsämter Mäule spint. Ein Verbrechen wird daraus, wenn das Unternehmen mißlingt und der Partner das süße Geheimnis ausplaudert. Ein hübsches Stüdchen Wandlerverrat! —

Vom Deutemachen in China. Von einem „Anlaufe“ der astronomischen Instrumente von der Stadtmauer in Peking ist, wie aus Hannover gemeldet wird, in der Umgebung des Grafen Waldersee nicht das geringste bekannt. Man sei übrigens der Meinung, daß auch der nach Frankreich überführte Teil der Instrumente nicht zurückgeschickt ist. Es seien mehrere hundert Risten aus China nach Frankreich abgegangen, von denen nur ein verhältnismäßig kleiner Teil zurückgeschickt sei. In diesen Risten dürften sich aber kaum die sehr umfangreichen Instrumente befinden haben. Die Franzosen hätten übrigens bei dem Zuge nach Peking unter dem späteren General Grafen v. Walisao seiner Zeit auch reiche Beute mit nach Hause gebracht, die zum großen Teil von den Pariser Hofbildhauern angekauft wurde, und im Hofbildhauer-Schloß „Petitrie“ aufgestellt ist, das 1870/71 längere Zeit Hauptquartier Kaiser Wilhelm's war.

Statt daß die „Umgebung des Grafen Waldersee“ den freilich auch nicht ganz uninteressanten Vorwurf des Plünderns gegen Frankreich erhebt, hätte sie lieber eine Rechtfertigung der deutschen Erwerbung der astronomischen Instrumente geben sollen. Oder steht man darin eine Rechtfertigung, daß Frankreich ebenfalls Beute gemacht hat? —

Wilhelm II. Kommandeur eines russischen Dragoner-Regiments. Der Kommandeur des 99. (Karwaischen) Dragoner-Regiments erhielt am 13. September nachstehende Depesche des Kaisers Nikolaus: Ich habe gestern Se. Majestät des Deutschen Kaisers, König von Preußen, Wilhelm II. zum Chef des Ihnen anvertrauten Regiments ernannt. Ich bin überzeugt, daß die Karwaische in Befolgung ihrer alten Traditionen dieses neue Zeichen meines Vertrauens rechtfertigen werden. Nikolai.

Wilhelm II. sandte ein Telegramm an den Kommandeur, das folgende Stelle enthielt: Ich beglückwünsche mich und das Regiment zu diesem glänzenden Urteil seines obersten Führers. Ich bin überzeugt, daß dieses neue Band, das mich mit der ruhmgekrönten russischen Armee verknüpft, zur Aufrechterhaltung und Festigung der alten Traditionen der beiden Waffenbrüderschaft zwischen unsren beiderseitigen Armeen dienen wird. Mein kameradschaftlicher Gruß den Herren Offizieren und Mannschaften.

Da die russische Armee durch den Bund des Jaren auf neue Waffenbrüderschaft mit der französischen Armee geschlossen hat, und andererseits durch diese Erneuerung die Waffenbrüderschaft zwischen der russischen und der deutschen Armee erneuert worden ist, wäre dadurch auch eine Waffenbrüderschaft zwischen der deutschen und der französischen Armee herbeigeführt! Wir wären dadurch ja wohl dem Ideal des Völkerr Friedens um ein gehöriges Stück näher gerückt! —

Strasbüden. Herr Liebermann v. Sonnenberg, der seit jeher ein großes Interesse an Diäten hat, giebt sich die Mühe, ein selbstgemachtes Diätengesetz der Welt zu unterbreiten. Danach sollen die Reichstags-Abgeordneten zwar 20 Mark Diäten erhalten, aber gleichzeitig mittels der Diäten gezüchtigt werden. Die erste Ausföhrungsbestimmung lautet nämlich:

„Wer ohne beurlaubt, krankgemeldet oder entschuldigt zu sein beim Namensaufruf oder bei namentlichen Abstimmungen fehlt, verliert für die ganze laufende Woche seine Tagesgelder.“ (Es ist dabei gleichgültig, ob er eine oder mehrere Abstimmungen veräußt hat.)

Wenn es des Verfassers und seiner engeren Kollegen Ehrgeiz ist, sich wie dumme Jungen behandeln zu lassen, so ist das schließlich seine Sache. Der Reichstag selber dürfte für solche Strasbüden nicht zu haben sein.

Der Zweck dieser Hanswurstaube soll vermutlich sein, durch die Vergütung von Geldstrafen jede Obstruktion unmöglich zu machen. Außerhalb der Partei des Herrn Liebermann dürfte aber wohl niemand durch die Aussicht, für acht Tage seine Diäten einzubüßen, von der pflichtgemäßen Anwendung geschäftsordnungsmäßiger Mittel im Kampfe gegen Ueberrumpelung und Vergewaltigung abgeschreckt werden.

Der Vorschlag ist kennzeichnend für die moralische Würde seines Urheber's.

Ein Wahlbühl und Lothringen. Man schreibt uns aus Strahburg: Bei der dieser Tage vor dem lothringischen Bezirksrat stattgehabten Verhandlung eines Protestes gegen die letzten Gemeinderatswahlen in Forbach wurde durch mehrfache Zeugenansagen festgestellt, daß die Forbacher „Bürgermeister-Partei“, deren Haupt der feineiche Großfabrikant Adt ist, in der ungenügersten Weise mit äußerlich leuchtlichen Stimmzetteln operierte, um die Abstimmung der Arbeiterschaft kontrollieren zu können. Das Interesse des Herrn Adt für die Gewinnung seiner Arbeiter ging jedoch noch weiter. Er veranstaltete auch noch — natürlich nur um seinen Reuten Zeit und Mühe zu ersparen — Wahlveranstaltungen in den Räumen seiner Fabrik, zu denen seine Arbeiter — selbstverständlich durchaus freiwillig — vollständig zu erscheinen hatten, um sich im Sinne ihres „Vorstern“ bearbeiten zu lassen. Charakteristisch für die in Lothringen herrschende Auffassung von der „Freiheit“ der Wahl und den Rechten des Arbeitgebers ist die Thatsache, daß für den Bezirksrat wohl die Kenntlichmachung der Stimmzettel, nicht aber auch die Beeinflussung der Wähler in den famosen Wählischen Fabrikversammlungen einen Anlaß zur Klaffierung der Wahl boten. —

Ein russischer Gewaltakt im Grenzgebiet.

Aus Königsberg wird uns geschrieben: Einen unerhörten Gewaltakt gegenüber einer deutschen Untertanin haben sich russische Behörden zu Schulden kommen lassen. Die Frau Angel aus Rimmerstall, Kreis Memel — der Mann ist eifriger Parteigenosse — ist am Sonntag, den 1. September d. J., nach dem nahen russischen Grenzstädtchen Polangen zur Kirche gegangen. Bei der Durchsuhung am Grenzübergangspunkt haben die russischen Beamten nichts bei ihr gefunden, das auf den Schmuggel Bezug hätte. Auch ihre auf 28 Tage ausgestellte Grenzkarte ist in bester Ordnung befunden worden. Ungehindert ließ man die Frau nach Rußland herein. An der Kirche in Polangen wurde die Frau angehalten und festgenommen. Als Grund wurde angegeben, sie sei über die Grenze in hellem Kleide gekommen, während sie jetzt, d. h. im Moment der Festnahme, ein dunkles trage, woraus zu schließen wäre, sie hätte das herübergebrachte helle Kleid an andre abgegeben, sich des Schmuggels schuldig gemacht und unterliege deshalb der Bestrafung nach russischen Gesetzen. Die über 60 Jahre alte Frau wurde verschleppt und nach Libau geschleppt. Dort ist sie sofort den Gendarmen übergeben und als politische Verbrecherin ins Libauer Gefängnis gesteckt, in dem sie sich noch am 17. d. M. befand. Am 4. September wurde sie von dem Gendarmen-Hauptmann Wonsjagki und dem Staatsanwalts-Gehilfen Grigorjew verhört. Bei diesem Verhör wurde von dem angeblichen Kleider Schmuggel mit keinem Wort gesprochen. Die Frau hat tatsächlich nicht geschmuggelt, sondern die laudere Polanger Polizei hat die Befehle frei erfunden, um einen Grund für die Verhaftung zu haben. Die Frau wurde jetzt vielmehr darüber verhört, ob sie einen gewissen Nowow, Kawa und andre kenne, von welchen die zwei ersteren bei ihr und ihrem Platte logiert hätten und dann mit verbotenen Schriften nach Rußland gegangen seien, wo sie beide, jedoch ohne Bücher, verhaftet worden wären. Weiter sollte die Frau mitteilen, ob in ihrem Hause russische Schriften aufbewahrt werden. Sofortige Freilassung wurde der Frau in Aussicht gestellt, wenn sie dies ansage und weiter mitteile, wie die Räumer heißen, welche am 4. Juli in Rußland aufgefangene verbotene Schriften über die Grenze gebracht haben. Da die alte Frau erklärte, von alledem nichts zu wissen, wurde sie ins Gefängnis zurückgeführt. Die Frau wollte an den deutschen Konsul in Libau die Mitteilung von ihrer Verhaftung gelangen lassen, doch erlaubte der Gefängnischef Signalow das nicht. In dem Haftbefehl der Frau Angel steht nur, daß sie deutsche Untertanin und auf Verfassung des Gendarmen-Hauptmanns von Libau namens Wonsjagki verhaftet sei.

Die vorstehenden Dinge sind erst auf Umwegen bekannt geworden. Reichstags-Abgeordneter Rechtsanwalt Dase-Königsberg hat dem Reichstags-Abgeordneten Vertreter der von den russischen Beamten widerrechtlich festgehaltenen Frau von dem Sachverhalt Kenntnis gegeben und darum ersucht, die Befreiung der Frau Angel sofort zu erwirken.

In einem Schreiben, in welchem uns die Inhaftierung der Frau Angel mitgeteilt wurde, sind weitere interessante Angaben enthalten. Es heißt darin:

Hier gärt es unaußhörlich, alle Gefängnisse der Ostsee-provinzen sind voll mit „Socialisten“, unter welchem Namen das Volk alle von der Regierung Gehehten und Verfolgten versteht. Im Libauer Gefängnis sitzen jetzt neun solcher Socialisten, meistens teils libauerweh Socialdemokraten. Das sind: Der Schriftsteller Karl Peterson, die Studenten Trolle, Kawa, Roland, der ehemalige Gymnasiallehrer Warialis, Hauslehrer Russt, ein Schiffsmaschinen Waldmann und zwei kleinere Landbesitzer Gebrüder Fritz und Christof Prynbe. Sie sind fast alle wegen Verbreitung verbotener Schriften angeklagt. Zu einer öffentlichen Gerichtsverhandlung gelangen jetzt keine politischen Sachen (ausgenommen politische Mord, wie der Fall Anspowitsch, Bogoljepow). Alles wird geheim gemacht. Die sogenannte Ver-

bannungskommission, bestehend aus zwei Mitgliedern des Ministeriums der Justiz und der inneren Angelegenheiten unter Vorsitz eines Gehilfen des Ministers des Innern, ist die höchste Instanz in allen diesen Sachen. Kein Richter wirkt bei dem Verfahren mit. Die Untersuchung führen der Gendarmerie-Hauptmann und ein Staatsanwalts-Gehilfe.

Ausland.

Zum italienischen Parteifreit.

Man schreibt uns aus Italien: Die Partei, die sich in der sozialistischen Partei über die Proklamation des fortschrittlichen Ministeriums unterstehen, entspannen, neigt sich ihrem Ende zu. Das diesbezüglich in den Sektionen der Partei eingeholte Referendum ergab eine enorme Majorität (bis heute 88 Sektionen gegen 18) zu Gunsten der Unterstufung, sei es, daß die Taktik der Entscheidung von Fall zu Fall im Sinne Ferris beschlossen, sei es, daß die Unterstufung des Ministeriums generell gebilligt werde, wenn im Momente der Abstimmung die allgemeine Stimmung der Regierung eine liberale Tendenz aufweise. Selbst ein vereinzelter Zwischenfall (Wutbad von Verza) dürfte diese Taktik nicht beeinflussen, da ein solcher mehr den Reaktionen in die Schuhe zu schieben, als durch das System der Regierung verursacht sei.

Uebrigens neigt die Partei dazu, der parlamentarischen Fraktion völlige Aktionsfreiheit zu lassen, die, wie sie es bisher getan, als einzige Richtschnur das Interesse des organisierten Proletariates zu nehmen hat. Die Parteileitung wird ihre Beschlüsse nach den Realitäten des Referendums fassen, aber sie wird in ihren Entschlüssen über die Frage der Unterstufung immer mehr durch die Ereignisse bestimmt als durch Tagesordnungen beeinflusst werden.

Inzwischen hat die Regierung in diesen Ferienwochen, wenn sie auch im großen und ganzen die Freiheit und Neutralität in Streiks respektiert hat, dennoch in verschiedenen Fällen ihre ungleichartige Zusammennehmung bewiesen. So hat die Regierung den jungen Finanzminister Spaziani geschickt, einen Mann, welcher einen Steuerreform-Gelegenheitsausarbeitete und vorgelegt hatte, der beabsichtigte, die unteren Klassen von den verhassten indirekten Steuern und teilweise von der Salzsteuer zu entlasten und mit den direkten Steuern und speziell mit der Globelsteuer (einer progressiven Einkommensteuer) die besitzenden Klassen desto sicherer zu treffen, welche heute noch teilweise ihre Einkünfte der Besteuerung zu entziehen wissen.

Das Ministerium hat einer so gewaltigen Schlacht nicht die Seiten zu bieten gewagt und begnügt sich damit, den Vollenborghischen Geheulwurf gewaltig beschneiden und durchlöchern durch den Wademinister Carcano vorlegen zu lassen. GleichermäÙe verhält sich die Regierung schwankend und unthätig gegenüber den religiösen Kongregationen, welche sich anschieben, von Frankreich her Italien zu übersetzen, trotzdem ein Gesetz existiert, welches schon vor langem diese Kongregationen auflöste. Durch dies ihr Verhalten hat die Regierung einen Entrüstungssturm der Freimaurer geweckt und um diese zu beschwichtigen, hat sie eine Untersuchung über den Auf: „Rom unter dem Papst, oder den Tod“ angeordnet, den ein Bischof auf dem Katholikentag von Trent ausgestellt hatte.

Alle diese Angelegenheiten nun interessieren und erregen die Freimaurer, die Radikalen, die jedweder, wie auch immer gearteten Regierung prinzipiell feindlichen Republikaner, interessieren aber zur Stunde herzlich wenig die Sozialisten, so lange sie aus der organisatorischen und organisatorischen Freiheit den Nutzen ziehen können, das Proletariat zu erwecken, zu erziehen, zu organisieren, so daß es sich von unten jene Reformen erobern kann, die ihm von oben nie präsentiert werden, als Lohnerbhöhung, Schiedsgerichte, Abschaffung der Nachtarbeit für die Bäcker, Reformen, die in einigen Städten schon durchgeführt worden sind, und um ihm proletarisches Bewußtsein einzuflohen.

Oesterreich-Ungarn.

Der Wert der Einfuhr in das österreichisch-ungarische Zollgebiet im August 1901 betrug 130 Millionen Kronen (weniger 1,7 Millionen Kronen als im August 1900), der der Ausfuhr aus Oesterreich-Ungarn betrug 150,1 Millionen Kronen (weniger 15,1 Mill. Kronen als in demselben Zeitraum 1900). Das Aktivum der Handelsbilanz beläuft sich somit auf 20,1 Millionen Kronen gegen 83,5 Mill. Kronen im Vorjahre. Vom Januar bis einschließlich August 1901 bezifferte sich die Einfuhr auf 1107,8 Millionen (weniger 15 Millionen Kronen als in demselben Zeitraum des Vorjahres), die Ausfuhr auf 1194,6 Millionen Kronen (weniger 59,3 Millionen Kronen als in demselben Zeitraum 1900). Das Aktivum der Handelsbilanz für diesen Zeitraum beläuft sich demnach auf 87,3 Millionen Kronen gegen 131,6 Millionen Kronen im Vorjahre.

Norwegen.

Zur Konsulatsfrage. Sigurd Jöben hat bekanntlich vor einiger Zeit auf Bestellung der Regierung ein Gutachten über das Konsulats- und Geschäftswesen ausgearbeitet, worin er die Forderung eigener Konsulate für Norwegen als gerechtfertigt ansieht, weil die Konsulate vor allem die Interessen von Handel und Industrie zu wahren hätten und es deshalb nicht angebracht sei, daß sie für die beiden in dieser Beziehung rivalisierenden Länder Norwegen und Schweden gemeinsam sein sollten, wogegen er bezüglich des Geschäftswesens für die Gemeinschaft mit Schweden eintrat. Nur ist S. Jöben beauftragt worden, einen Entwurf zur Organisation eines eigenen Konsulatswesens für Norwegen anzuarbeiten. Offenbar will also die Regierung die Konsulatsfrage in der gegenwärtigen Legislaturperiode im Storting zur Entscheidung bringen.

Gerüchtersweise verlautet, daß der Staatsrat Sparre aus dem Ministerium auszutreten beabsichtigt. Hieran anknüpfend wird von mehreren Seiten wiederum das Verlangen geäußert, S. Jöben, der bekanntlich gegenwärtig Expeditionschef im Auswärtigen Amt ist, einen Sitz in der Regierung einzunehmen. Besonders eifrig tritt das Hauptorgan der Linken „Verdens Gang“ hierfür ein und „Socialdemokraten“ schreibt zu der Frage: „Es ist zweifelhaft, ob die Linke überhaupt bessere Kräfte finden konnte, um ihre Sache zu führen, als dadurch, daß sie Dr. Jöben einen Platz im Ministerium giebt. Er ist im Besitz von Tüchtigkeit, Willenskraft und Mut und wird gewiß etwas ausrichten in der Unionsache, wenn darin überhaupt etwas auszurichten ist. Das alte, hinfällige Ministerium kann frisches Blut gebrauchen. Es kommt nun darauf an, ob man den Standpunkt der Mittelmäßigkeit verlassen will.“

Sien.

Hongkong, 20. September. Der Vicekönig von Kwang-tung und Kwangsi Laomu und der Vicekönig von Kwangsi und Kwangsi Lin, die beider Reformen in Angriff zu nehmen, haben ein Schreiben an den Hof in Peking gerichtet, in welchem sie dagegen Einspruch erheben, daß die fremdenfeindliche konservative Partei die Herrschaft an sich gerissen habe. Um diesem Einspruch größeren Nachdruck zu verleihen, haben die beiden Vicekönige zugleich ihre Entlassung eingereicht.

Der Boeren-Krieg.

Noch vor dem Bekanntwerden der letzten bedeutenden Boeren-erfolge war die Stimmung der englischen Presse auf einem sehr tiefen Barometerstand angelangt.

„Standard“ stellt in einem Leitartikel trübfinnige Betrachtungen darüber an, daß den britischen Truppen bevorstehe, ein weiteres Weichnachtsfest in Südafrika zu feiern, und fordert das Land auf, alles zu thun, um den Soldaten an der Front ihre wenig beneidenswerte Lage zu verbessern. „Daily Mail“ fordert, daß man auch die Drohungen der Proklamation wahr gemacht würden. Ihr Verfasser hat in Johannesburg

melbet, Lord Ritchener werde voraussichtlich die in seiner Proklamation enthaltene Drohung ausführen und das Eigentum der Boeren öffentlich versteigern und den Erlös daraus zur Befreiung der Kisten der Inhaftierten verwenden. Erst in den nächsten zwei Monaten werde sich das Ergebnis der Proklamation zeigen, wenn die im Felde stehenden Boeren eingesehen hätten, daß man mit dem Verlauf ihrer Farmen Ernst mache. Lord Ritchener's Bestimmung über die Verbannung der Führer treffe folgende Boerenführer: Louis Botha, Christian Botha, Viljoen, Delarey, Beyers, Lukas Meyer, De Wet, Kemp, Wessels, Kringsinger, Fouché, Molan, Scheepers, Smuts, Steijn, Keij, Schall Burger. Allerdings, meint die Zeitung, würden die Boeren auf die grausamste Weise Vergeltung üben, und schließlich, wenn man auch mit aller Strenge vorgehen müsse, werde der Krieg nicht durch Strenge allein, sondern durch energische Durchführung der Kriegsoptionen zu Ende geführt werden.

Die beiden englischen Niederlagen werden die schlimmsten Befürchtungen der Engländer noch übertroffen haben. Sie beweisen die noch ungebrochene Aktionskraft der Boeren. Botha soll seinen Sieg ausgenützt und bereits in Natal eingebrochen sein, wo sich bald die holländische Bevölkerung ebenso zahlreich den Boeren anschließen dürfte, wie in den übrigen Teilen der Kapkolonie. England hat demnach bereits den Belagerungszustand nunmehr über die ganze Kapkolonie, vom äußersten Norden bis zur Meeresküste, proklamiert.

Das englische Strafrecht.

arbeitet ebenfalls munter weiter. Aus Graf Keinet wird gemeldet: Siebzehn mit dem Kommando Lotter's gefangen genommene Aufständische standen heute unter der Kullage des Hochverrats und Mordes vor Gericht. Bierzehn bekamen sich schuldig und baten um Gnade, der Rest wurde für schuldig befunden. Das Urteil ist noch nicht verhängt.

Um so die eigenen Brutalitäten zu beschönigen, wiederholt man beständig die Beschuldigungen gegen die Boeren.

Das Kriegsamt veröffentlicht die Zeugenaussagen, welche von britischen Soldaten unter ihrem Eid abgegeben wurden über die von den Boeren verübte Kriegerregelung von den bei Doorn River am 27. Juli verwundeten Soldaten, von den Soldaten, die sich am 6. Juni bei Graspan ergeben hatten, und von den bei Vlakfontein am 29. Mai verwundeten Soldaten. General Ritchener hat am 20. August dem General Prinsloo einen Brief geschrieben, in welchem er ihm für dessen Behandlung der verwundeten Gefangenen seine Anerkennung zollte und hinzufügte, daß diese Behandlung völlig abweichend von derjenigen, die den britischen Soldaten leihweise seitens der durch den langen Krieg demoralisierten Boeren zu teil wurde. General Ritchener hat diesen Brief den oben erwähnten Zeugenaussagen beigelegt.

Die neue englische Barbarei.

Boeren gefangen, ja selbst Privatpersonen als eine Art lebendigen Sicherheitsmechanismus für die Eisenbahnen zu verwenden, kommt scheinbar immer mehr in Uebung. Der „Standard“ meldet aus Durban vom 19. d. M.: Zum Schutze der Eisenbahnen, die durch die von den Boeren durchgezogene Bezirke von Transvaal fahren, werden jetzt die in den Händen der Engländer befindlichen Hauptförderer der Boerenfrage auf den Hüfen mitgeführt. Die Boeren würden nur Gleiches mit Gleichem vergelten, wenn sie die englischen Gefangenen in Gefechten als lebendige Schutzwälle verwendeten. Ein solches Verfahren schlägt allem Kriegsbrauch nicht mehr ins Gesicht, als das der Engländer.

Aus dem Haag verlautet, wird Präsident Krüger den Präsidenten Roosevelt ersuchen, die Initiative zur Friedensvermittlung zu ergreifen. Roosevelt soll der Boerenfrage viel günstiger als Mc Kinley gestimmt sein.

Aus Industrie und Handel.

Aus der Textilbranche. In den Schwierigkeiten der holländischen Wollweberei in Gera berichtet der „Kauf“, daß sich nach der Ansicht der Berliner Großhändler der Konkurs nicht werde vermeiden lassen. In Gera selbst sei man durch die Schwierigkeiten nicht überrascht, und dortige Fabrikantenkreise glauben, die Ursachen darin suchen zu müssen, daß die Firma seiner Zeit Spezialgeschäfte (Detailgeschäfte) in den großen Städten Deutschlands gegründet hat. Damals schon äußerten sich erfahrene Fabrikanten, daß eine derartige Geschäftspraxis nicht von dauerndem Bestand sein werde. Für die Gläubiger ist in Aussicht gestellt, daß sie beim Konkurs nur 22 1/2 Proz. aus der Masse erhalten. Bekanntlich proponiert der Inhaber seiner Gläubigern die Umwandlung des Geschäftes in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Neuerdings wird zunächst ein Moratorium bis 1. April nächsten Jahres verlangt. Von den Gläubigern sollen sämtliche mit Forderungen über 1000 M. sich mit zwei Dritteln bei der zu gründenden Gesellschaft beteiligen, wobei aber die größeren Gläubiger, welche Gesellschaftsanteile nehmen, vermutlich noch einen nicht unbedeutenden Zuschuß für Betriebsmittel leisten müssen. Nach dem von der Fabrik erlassenen Circular erzielte das Unternehmen im Durchschnitt der beiden letzten Jahre über 100 000 M. Reingewinn.

Ein andrer größerer Zusammenbruch in der Textilbranche betrifft die Firma Bruns u. an der Heiden in Althardt, mechanische Web- und Wundweberei. Wie die Zeitschrift „Deutsche Konfektion“ mitteilt, betragen die Passiva 300 000 M., die Aktiva ca. 70 000 M. Es liegen 18-20 Proz. in der Masse. Beteiligt sind hauptsächlich Rummelspinnereien des M.-Gladbacher Bezirks sowie Interspinnereien in Werdau und Crummitzschau.

Statistik der Sechsmaschinen. In Ergänzung der vor etwa Jahresfrist aufgestellten Statistik über den Sechsmaschinenbetrieb im deutschen Berggewerbe, die in mehrfacher Hinsicht sich als lächerlich erwiesen hatte, sind vor kurzem vom Reichsamte der deutschen Buchdrucker neue Erhebungen angestellt worden, die ein wesentlich vollkommeneres Ergebnis gehabt haben. Hiernach sind in 275 Firmen an 147 Orten im ganzen 560 Sechsmaschinen, die bekanntlich in der Hauptfache für den Zeitungsdruk verwendet werden, in Betrieb. An diesen 560 Sechsmaschinen sind 816 Gehilfen beschäftigt, von denen 729 im gewissen Grade (Zeitlohn) und 83 im Verechnen (Accordlohn) stehen, während bei 11 die Art der Entlohnung nicht angegeben ist. Die ermittelten Wochenlöhne der im gewissen Grade arbeitenden Maschinenleger schwanken zwischen 18 und 60 M. Am häufigsten ist der Lohnsatz zwischen 26 und 40 M. In einigen Betrieben verdienen Wädchen zwischen 6,50-15 M. Die Zahl der infolge der Einführung der Sechsmaschinen entlassenen Handsetzer beträgt 641.

Auch hier spielt sich, wie in andren Berufen, dieselbe Entwicklung ab, daß nach einer kurzen Zeit des Probierens die Maschine siegreich ihren Einzug hält und zu dem Heer der Arbeitslosen neue Massen hinzufügt.

Die deutsche Lebanz-Linie hat für die Summe von 105 000 Pfund die gesamte Flotte der in Saloniki ansässigen Conzili-Reederei angekauft. Das deutsche Kapital hat sich damit der sehr ausgedehnten Küstenfahrt bemächtigt, die von 20 Schiffen der Gesellschaft im östlichen Mittelmeer, in dem Adriatischen und dem ganzen Schwarzen Meer einschließlich der unteren Donau betrieben wurde.

Das Gemeindefundat ist nach längeren Verhandlungen zu Stande gekommen. Wie verlautet, ist über die Abgabebiete der einzelnen Syndikate eine Verständigung erzielt. Wir berichteten schon, daß die Interessenten in diesem Syndikat infolge der gegenwärtigen Konkurrenz ausfinden, als die Abgabebiete für jede Gruppe besonders bestimmt werden.

Die Weckenburg-Streicher Hypothekbank hatte eine Veranlassung der Pfandbriefbesitzer anderwärts, in der nach dem Bericht des „Berl. Tagebl.“ die Verwaltung beantragte, zwei Drittel der Coupons vom 1. Oktober ab zu stunden, einen Pfandbriefbesitzerfonds zu schaffen, dem die Zinsenrückstände von den auf verlaufenden

Grundstücken haftenden Hypotheken zuzufallen und sodann vom jährlichen Reingewinn der Bank vorweg 10 Proz. und der Rest nach Verteilung von 5 Proz. Dividende auf die neu zu schaffenden Vorzugsaktien zuzufallen sollen. Vor Beginn der Verhandlungen wird bekannt gemacht, daß die Versammlung in der Hauptsache beschlußfähig sei. Da die 4prozentigen Pfandbriefe in genügender Höhe vertreten sind, die 3prozentigen dagegen nicht, wird, um den Konkurs zu verhindern, ein Ausweg gefunden werden müssen. Es sind 180 Personen erschienen, teils der Bankwelt angehörend, teils keine Leute. Nicht anwesend von Ausschüßrats-Mitgliedern sind Justizrat Aug. Mundel, Geh. Hofrat a. D. Ende, Geh. Hofrat Meyer und Kammerherr v. Fabrice.

Im Lauf der Verhandlung, die sehr ruhig verlief, zog die Verwaltung den Antrag auf dauernde Stundung zurück. Sodann wurde beschlossen, zwei Drittel der Zinsen auf die 4proz. Pfandbriefe bis zum 15. November zu stunden unter der Bedingung, daß die Besitzer der 3 1/2proz. Pfandbriefe später zustimmen. Der Konkurs ist also zunächst abgewendet.

Partei-Nachrichten.

Bei der Unterschriftensammlung für die Petition gegen den Protowucher haben sich die Genossen Braunschweig ganz besonders tüchtig gezeigt. Wie das dortige Parteiblatt berichtet, sind am Sonntag 600 Parteigenossen thätig gewesen, um Unterschriften zu sammeln, und sie haben dabei mit solchem Erfolge gearbeitet, daß sie rund 27 000 Unterschriften erlangt haben, das ist etwa beinahe ein Viertel der gesamten Einwohnerzahl der Stadt. Neben dem rühmlichen Eifer der Sammler beweist dies aber auch die tiefe Erbitterung, die sich aller Bevölkerungskreise ob des schmachvollen Wucherplanes bemächtigt hat.

Von der Parteipresse. Die „Norddeutsche Volksstimme“ in Bremen, die bisher in dem unhandlichen großen Format erschienen, wie es noch bei einer Anzahl älterer Zeitungen üblich ist, wird von jetzt an im Format des „Vorwärts“, dafür aber stärker als bisher erscheinen. Damit soll eine Verbesserung des Inhalts verbunden sein, der auch gewinnen wird durch mit der Veränderung des Formats möglich gewordene bequemere und übersichtlichere Anordnung des Stoffes. Wir wünschen zu der begründeten Neuerung viel Glück.

Zur Angelegenheit der Accordmurer nahm der socialdemokratische Verein Erfurt in außerordentlicher Mitglieder-versammlung nach längerer Diskussion den Antrag an, daß der Schiedsspruch aufgehoben und die Accordmurer aus der Partei ausgeschlossen werden sollen.

Agitationsfahrten in der Nähe der Weststadt. Am Sonntag fand in Jerpenschleuse, im schwärzesten Winkel des Nieder-Rheinischer Kreises, zum erstenmale eine socialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel statt. Der Referent, Genosse Kocke, hatte kaum ein paar einleitende Worte über das Thema „Gewerkschaft, Wucherhölle“ gesprochen, als auf dem Rasenplatz eine Wühlkapselle die schönsten patriotischen Reden ertönen ließ. „Deutschland, Deutschland über alles!“, „Heil Dir im Siegerkranz!“ wechselten ab mit „36 bin ein Preuße!“ usw. Als der Referent sich dadurch nicht stören ließ, fing man an zu lärmern und zu singen, die Zwischenrufe, welche sich zu förmlichen Gegenreden verdichteten, veranlaßten den Vorsitzenden, Genossen Freiwald-Pantow, als Vächter des Grundstücks zu erklären, daß nach dem Wortlage eine freie Aussprache stattfindet, daß aber, wenn der Unfug nicht nachlasse, er von seinem Hausrechte Gebrauch machen würde.

Nach dem Referate wurden die Schreier aufgefordert, den Referenten zu widerlegen und sich zum Worte zu melden; vergeblich!

Am Tage vor der Versammlung wurde den Kriservereinteiler erklärt, wer die socialdemokratische Versammlung besucht, wird aus dem Verein ausgeschlossen.

Zur Ehre der Jerpenschleuser Arbeiter wollen wir erklären, daß dieselben sich dem rüden Loben der „staatsverhaltenden Wadaubrüder“ fernhielten und mit grimmigen Mienen, durch ihre Abhängigkeit gezwungen, dem Loben zuhören. Mit dem Versprechen, bald wieder zu kommen und die „staatsverhaltenden“ Herren statt wie heut bei Regenwetter im Freien, in einem Saale begrühen zu können, wurde die von 150 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Totenliste der Partei. In Viefefeld starb der Genosse Wunte nach dreiwöchiger Krankenlager. Der Tod Wuntes bedeutet für die dortigen Parteigenossen sowie für den Metallarbeiter-Verein einen schweren Verlust. Der Verstorbene war ein ebenso guter Parteigenosse wie tüchtiger Gewerkschaftsmann. Er war Vertrauensmann des Metallarbeiter-Vereins für Rheinland-Westfalen, Stadtverordneter in Viefefeld und kandidierte 1898 für die Partei im Reichstags-Wahlkreis Lippe. Er war ein Vorbild raschen Fleißes und treuer Pflichterfüllung und wird den Parteigenossen stets in gutem Andenken bleiben.

Eine Berichtigung zu dem Bericht über den Parteitag für Westpreußen sendet uns Genosse Stanning in Hamburg. Er erklärt darin, daß er nicht lediglich wegen der Accordmurer ein Mandat zum Parteitag erstrebt hätte; wenn Genosse Schwarz dies in Elbing gesagt habe, so habe er dazu keinen Auftrag von ihm gehabt und dessen Absichten deckten sich in diesem Fall nicht mit den seinigen. Im übrigen sei es sein Wunsch und er wolle dafür wirken, daß bei der Erledigung der Angelegenheit der Accordmurer beide Teile, Gewerkschaft und Partei, keinen Schaden leiden.

Der Nationalkongreß der französischen Arbeiterpartei. Zu Beginn der dritten Sitzung gelangt zunächst eine Resolution zur Annahme, in welcher gegen die zahlreichen Verschärfungen, die unter dem Vorwand, es handle sich um Anarchisten, in Frankreich vorgenommen worden sind, protestiert wurde. Frankreich sei, so heißt es in der Resolution, durch die Schuld der gegenwärtigen Regierung ein Anhängel des Jorenregiments geworden und stehe unter der Willkürherrschaft der dritten Sektion zu Petersburg. Sodann wird über die nächste Wahlkampagne beraten; es wird beschlossen, im ersten Wahlgang nur für die von der Partei aufgestellten Kandidaten einzutreten. Im zweiten Wahlgang sollen die Föderationen innerhalb der Grenzen der verbotenen Allianzen und der erlaubten Koalitionen (nach den Beschlüssen des Kongresses von Jori) im besten Interesse der Partei handeln. Die Partei will in sämtlichen 589 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen. Um den Wahlkampf zu leiten, wird in Paris ein Central-Wahlkomitee gebildet. Zur Frage der Alterspension für Arbeiter nimmt der Kongreß folgende Resolution an: Indem der Kongreß an dem Programm-punkt festhält, nach welchem der Gesellschaft die Versorgung der alten und invaliden Arbeiter obliegt, macht er die Erklärung des Nationalrats, welche das Projekt von Waldeck-Roussseau-Willeraud als nichtig, gefährlich und als Verrätereian an der Arbeiterklasse hinstellt, zu der seinigen. Der Kongreß beschließt, daß die Deputierten der Partei kein Projekt zu unterstützen haben, das zur Aufbringung der Mittel dazugeht von den Löhnen der Arbeiter festzusetzen. Ferner beschließt der Kongreß, für die Forderungen der Eisenbahn-Angestellten in Bezug auf Lohnhöhe, Verkürzung der Arbeitszeit usw. einzutreten.

Politisches, Gerichtliches u. d. v.

— Wegen Verleumdung des Kultusministers wird die schon einmal vertagte Verhandlung gegen die Genossen Rosa Luxemburg und Kasprzak am 26. September in Kosen stattfinden.

— Wie ein Verbrecher wurde in Crottendorf im sächsischen Erzgebirge, nahe der böhmischen Grenze, ein Parteigenosse behandelt, der dort Flugblätter gegen den Hungerzoll verbreitete. Lediglich der Thatsache der Verbreitung wegen wurde er von einem Polizisten angehalten, arreziert und ins Kreislöcher gesperrt; dann wurden ihm über Geld und die Hofentzoger abgenommen. Hoffentlich läßt der so Mißhandelte die Sache nicht auf sich beruhen, damit den Dorfpolizisten einmal klar gemacht wird, daß Flugblattverbreiten kein Verbrechen, sondern eine ganz legale Handlung ist.

Die konföderierten Muttergottesbilder. Ein Parteigenosse aus Oberhausen in Westfalen, der dort Flugblätter gegen den Hungerlohn verbreitete, wurde dabei festgenommen und nach einer polnischen Flugblätter, die er außerdem bei sich führte, weggenommen. Darauf forderte man ihm seinen Koffer Schlüssel ab, weil man in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung vornehmen wollte. Der Besessene wurde niedergedrückt, obwohl er verlangte, bei der Hausdurchsuchung anwesend zu sein, festgehalten. Als Resultat der Hausdurchsuchung brachte dann die Polizei außer der Broschüre „Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde“ noch einige Schriften mit Muttergottesbildern mit.

Gewerkschaftliches.

In die Gewerkschaften!

Der Glasarbeiterstreik mußte der begleitenden Umständen halber aufgehoben werden, nachdem alle Vermittelungen fehlschlagen sind. Auch dieser Streik zeigt wiederum, daß nicht nur Opfermut, sondern große Kapitalien vonnöten sind, um sich mit dem isolierten Unternehmertum im Generalstreik messen zu können. Wohl haben die Berliner Gewerkschaften und die Arbeiter bei dem geschäftlichen Niedergang ihre volle Schuldigkeit getan, aber alle die Summen reichen nicht aus, um die Tausende der Streikenden länger als acht Wochen über Wasser halten zu können. Es gilt aber auch noch fernerhin die Glasarbeiter zu unterstützen und zwar während der Zeit, wo es ihnen aus technischen Gründen unmöglich ist, die Arbeit sofort aufnehmen zu können.

Ferner wird sich das Unternehmertum einige Geiseln herausgreifen, welche längere Zeit keine Arbeit bekommen werden. Diese zu unterstützen, muß unser Aufgabe sein. Darum bitten wir die Gewerkschaften, alle Gelder an unser Bureau einzusenden. Ebenso sind dabei Listen entgegenzunehmen.

Geldsendungen richten man nur an die Adresse: A. Körten, Engel-Platz 15, parterre.

Der Ausschuß

der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Berlin und Umgegend.

Die **Paner** haben immer noch zu kämpfen gegen die seitens der Unternehmer beabsichtigte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Bis zum 1. Oktober wollen die Unternehmer diese ihre Absicht durchzuführen. Die Paner haben dagegen beschlossen, unter keinen Umständen von den bisherigen Bedingungen (achtstündige Arbeitszeit und 8 M. Abschlagszahlung pro Tag) abzugeben, und wo dieselben nicht anerkannt werden, die Arbeit ruhen zu lassen.

Die **Charlottenburger Schlächtergesellen** wollen, gleich ihren Berliner Kollegen, in eine Lohnbewegung eintreten. In einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung haben sie die in Berlin aufgestellten Forderungen zu den übrigen gemacht und beschlossen, dieselben durch die Lohnkommission der Charlottenburger Innung unterbreiten zu lassen.

Die **Lohnkommission der Barbieri** ersucht die Arbeiter in Berlin und den Vororten, bei Vermittlung von Vorbieregeschäften darauf zu achten, daß die daselbst beschäftigten Gehilfen im Besitz einer Kontrollkarte sind.

In **Charlottenburg** sind folgende Geschäfte gesperrt: Redmann, Schillerstr. 96. Bartel, Kaiser Friedrichstr. 60. Horstmann, Kaiser Friedrichstr. 54. Schmidt, Kantstr. 99. Wlazel, Stuttgarterplatz 1. Pfeife, Wilhelmplatz. Holz, Schlossstr. 36. Blazewski, Goethestr. 47. Wabe, Wilmersdorferstr. 137. Delze, Wilmersdorferstr. 134. Schulz, Köpenickerstr. 6. Nachträglich bewilligt hat Schröder, Krammstr. 79.

In **Niedorf** sind folgende Geschäfte gesperrt: Pawlcki, Hermannplatz 4. Knöfler, Hobergstr. 8. Krenner, Herfordstr. 37. Schneider, Friedelstr. 2.

Deutsches Reich.

Auf der **Speysher Glashütte in Nienburg** haben sich — wie das Bureau Herald berichtet — nach der Aufhebung des Streiks 170 Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit gemeldet, davon sind aber nur 110 eingestellt worden. Auf der Wilhelmshütte in Nienburg sind — nach derselben Quelle — von 150 Streikenden, die zur Arbeit erschienen, nur 50 angenommen worden.

Diese so zahlreiche Zurückweisung von Arbeitskräften soll ihren Grund darin haben, daß ein Teil der Pläne durch die aus Rußland bezogenen Arbeitswilligen besetzt sind, und daß die Fabrikleitung während des Streiks Maschinen zur Herstellung von Plänen eingeführt hat, so daß hierdurch etwa 200 Glasmacher überflüssig geworden seien.

Der **Streik der Krefelder Sammetmacher** ist — wie wir gestern bereits mitteilten — am Donnerstag seitens der Streikenden als beendet erklärt worden. Der Zustand, der 7 1/2 Wochen währte, endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Stellen der Ausständigen sind zum größten Teil durch Streikbrecher besetzt worden. Von den Streikenden sind aber nur sieben abtrünnig geworden, und auch erst in den letzten Tagen, wo die Ausständigen seitens des weiteren Kampfes offensichtlich war. Sowohl die scharfen Maßnahmen der Polizei gegen die Streikenden, als auch die Hege und die lägenhaften Berichte der ultramontanen Presse haben ihr Teil zur Niederlage der Arbeiter beigetragen. Andererseits hat die schlechte Konjunktur in der gesamten Industrie dazu beigetragen, daß den Fabrikanten eine Anzahl von Streikbrechern zur Verfügung standen, die zwar nicht geübte Sammetmacher waren, mit denen man aber zur Not den Betrieb aufrecht erhalten konnte. Der Streik hat ungewöhnlich viele Opfer gefordert. Wegen Uebertretung polizeilicher Bestimmungen sind 40 Streikende mit je 3 Tagen Gefängnis bestraft worden und weitere Strafen stehen noch in Aussicht. Ferner sind 36 Personen angeklagt worden wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. Unter den Angeklagten befindet sich der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, sowie der Vorsitzende der Streikkommission. Eine Anklage wegen Aufreizung schwebt, wie schon früher mitgeteilt, gegen den noch immer in Untersuchungshaft sitzenden Geschäftsführer der Filiale des Textilarbeiter-Verbandes. Selbst ein Hausbesitzer ist angeklagt. Er soll sich gegen einen Streikbrecher dadurch vergangen haben, daß er ihm die Wohnung kündigte, weil sonst alle übrigen Mieter das Haus geräumt haben würden, um nicht mit dem Streikbrecher unter einem Dache zu wohnen.

Polizei und Gericht haben, wie man sieht, durch diesen Streik viel Arbeit bekommen.

Streikführer vor Gericht. Eine exemplarische Strafe müsse denen zu teil werden, welche Arbeitswillige beleidigen. Unter dieser Begründung wurde kürzlich ein Wandwiler in Krefeld, der der Beleidigung eines Streikbrechers schuldig befunden wurde, zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Die **Erbanung eines Gewerkschaftshauses in Hamburg** ist noch nicht — wie es nach der Mitteilung, die wir gestern einem bürgerlichen Blatt entnahmen, schien — endgültig beschlossen. Aus dem „Hamb. Echo“ sehen wir hier, daß das Projekt in einer Versammlung des Gewerkschaftsrates am Mittwoch eingehend erörtert wurde. Man erkannte die Notwendigkeit der Errichtung eines Gewerkschaftshauses an und beschloß, die einzelnen Gewerkschaften zu ersuchen, bis zum 31. Dezember d. J. die Angelegenheit auf Grund der Vorschläge der eingesetzten Kommission zu beraten und zu beschließen, ob sie sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklären und inwieweit sie eventuell bereit sind, das Unternehmen finanziell zu unterstützen.

Ausland.

Ein Kongreß italienischer Landarbeiter.

In Mantua tagte am vergangenen Sonntag ein Kongreß der Landarbeiter-Vereinigung des Kreises Mantua. Im Februar d. J. hatte der Bund mit Verona zusammen 121 Vereine mit 15 000 Mitgliedern. Heute zählt der Bund ohne die veronesischen Vereine, die sich jetzt in einer besonderen Föderation vereinigt haben, 244 Vereinigungen mit 31 880 Mitgliedern. Die Zeitung

des Bundes wurde beauftragt, sich mit andern Provinzialleitungen in Verbindung zu setzen und noch vor Ende des Jahres einen Kongreß einzuberufen, um eine allgemeine National-Föderation der Bauern- und Landarbeiter-Vereine Italiens zu begründen. Von dem Geist, der in jenen Bauern- und Landarbeiter-Vereinen herrscht, giebt eine Resolution Zeugnis, in der es heißt, daß der Kongreß die unvollkommene Beschaffenheit der Verbände anerkenne, daß die Unvollkommenheiten und die begangenen Irrtümer vor allem dem Mangel der Arbeiter an Klassenbewußtsein und dem Mangel sozialistischer Aufklärungsarbeit zuzuschreiben sei. Es wird deswegen beschlossen, den Kreis in 4 Zonen einzuteilen. Es wird deswegen beschlossen, den Kreis in 4 Zonen einzuteilen. Es wird deswegen beschlossen, den Kreis in 4 Zonen einzuteilen. Es wird deswegen beschlossen, den Kreis in 4 Zonen einzuteilen.

Eisenbahnstreik in Italien. Das „Bureau Herald“ meldet aus Mailand: Ueber 1500 Angestellte der Mailänder Nordbahn sind infolge von Lohn Differenzen gestern abend in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht auf einem großen Teil des Netzes. Zwischen Como und Mailand ist derselbe vollständig eingestellt.

Zum Fischerstreik in Grimsby teilt Wolffs Telegraphen-Bureau mit: Die aus Esfeld herbeigekommenen Polizei wurde bei ihrer Ankunft von der aufständischen Fischerei-Bevölkerung mit Steinwürfen empfangen; sie hieb mit ihren Knütteln in die Schaar ein und verwundete viele schwer. Die Aufbruchtsliste wurde verlesen und Militär requiriert. In den Docks brach Feuer aus, das vermutlich angelegt war; nach den mit der Löschung des Brandes beschäftigten Feuerwehrlenten wurde mit Steinen geworfen.

Infolge des Stahlarbeiterstreiks in Amerika sollen — wie der „Frankf. Zig.“ telegraphiert wird — 5000 Stahlarbeiter aus der „Amalgamated Association“, der Arbeiterorganisation, die den Streik führte, ausgetreten sein.

Sociales.

Der **Umfang der Arbeitslosigkeit in Dresden** geht aus der Thatsache hervor, daß seit 1. Januar 1901 in der Gemeinde Dresden über 2 Millionen Mark Armenunterstützung gezahlt worden sind. In der Zahl der Armen markiert zur Zeit Dresden prozentual in Sachsen an der Spitze. Staat und Stadt rechnen in diesem Jahre für das städtische Gebiet mit einem Steueranfall von nicht weniger als je 300 000 M.

Aus der Frauenbewegung.

Im **Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse** (Berlin) hielt am 16. September Herr Dr. Oppenheimer einen Vortrag über Darwinismus. Das Referat erfüllte seine Aufgabe, den Frauen ein schweres wissenschaftliches Gebiet zugänglich zu machen, in besonders wertvoller und klarer Weise, und folgte die sehr stark beachtete Versammlung dem Redner mit lebhaftem Interesse. Die Diskussion, in welcher auch ein Theologe sprach, war sehr anregend. Der nächste Vereinsabend findet am 7. Oktober statt; es wird Frau C. Jhrer über „Wesen und Schäden der Hausindustrie“ sprechen.

Gerichts-Beitrag.

Das ehrsame Bauhandwerk.

Ungewöhnlich großes Interesse in Vorkreisen erregte eine Strafsache, die gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Volz in einer ganzen Sitzungstag hindurch beschäftigte. Auf der Anklagebank saßen der Bureauvorsteher Ernst Schülle und der Maurermeister Bernhard Dechand, beide unter der Anklage des gemeinschaftlich verübten Betruges, Schülle außerdem wegen Urkundenfälschung und Urkundenvernichtung. Die Verteidigung der Angeklagten führten die Rechtsanwälte Morris und Lubinski. Der Zuscherraum war dicht gefüllt von geschäftskundigen Herren aus dem Gebiete des Baumarktes. Die Versammlung entrollte wieder einmal ein erbauliches Bild von den Bauhandwerkern, die manche Bauherren in Szene setzten, um sich über Wasser zu halten. Dem Rentier Riedel zu Potsdam gehörten die in Berlin belegenen Häuser Bredowstr. 5, Schleswiger Ufer 2, 3 und 4, Neue Königstr. 17 und Große Frankfurterstr. 45/46. Er bestand sich seit Jahren in Zahlungsschwierigkeiten und hatte, wie der Verteidiger gestern unter Vorlegung einer polizeilichen Auskunft behauptete, in einem Hause eine sogenannte „Gerichtsvollzieher-Stube“ inne, das heißt er hatte eine leere Stube übernommen und sich dort angemeldet. Ende 1899 wandte er sich in seiner Bedrängnis an den Angeklagten Dechand, der ihm schon vor Jahren einmal dadurch geholfen hatte, daß er bezüglich der genannten Häuser antichristliche Pfandverträge abschloß und dadurch verhinderte, daß die persönlichen Gläubiger an die Mietverträge herantraten. Riedel wünschte auch jetzt wieder einen gleichen Liebesdienst und der Angeklagte Dechand nahm mit dem Angeklagten Schülle, der Bureauvorsteher bei verschiedenen Rechtsanwälten — zuletzt bis zu seiner Verhaftung bei dem Justizrat Dr. Staub — gewesen war und mit Vorkausen sehr gut befreundet war, die Sache in die Hand. In aller Form erteilte Herr Riedel dem Angeklagten Schülle Vollmacht, die genannten 6 Grundstücke dem Maurermeister Dechand in den mehrbaren Pfandbesitz zu übergeben, Beträge aller Art abzuwickeln, Auflassungen zu erklären u. s. w. Herr Riedel, der in Grundstücksachen außerordentlich versierte Mann, behauptet, daß er nicht gemerkt habe, daß diese Vollmacht weit über den angebotlichen von ihm verfolgten Zweck der Verschaffung der Antichriste hinausging und will durch den Mißbrauch der Generalvollmacht seitens der Angeklagten vollständig ruinirt worden sein, so daß er gezwungen war, den Offenbarungsbuch zu leisten. Die Anklage behauptet, daß die Angeklagten in ganz bestimmter Absicht die Generalvollmacht so weit begrenzt hatten. Riedel schuldet nämlich dem Dechand aus verschiedenen Rechtsgründen den Betrag von etwa 20 000 M. und nach der Annahme der Anklage sollen die Angeklagten nun die Generalvollmacht dazu benutzt haben, um zunächst Dechand vor Verlusten zu sichern. Riedel behauptet sogar, daß die Angeklagten ohne sein Wissen und ohne ihm ein Wort davon zu sagen, eins seiner Häuser verkauft haben, was ihn veranlaßt habe, die Generalvollmacht zurückzugeben. Die Angeklagten bestritten, daß Riedel die Tragweite der Generalvollmacht nicht gekannt habe. Er habe ganz genau gewußt, was er that. Er sei fit und fertig gewesen und habe seine Grundstücke nicht mehr halten können. Er habe das Bestreben gehabt, das Beste seiner Grundstücke, nämlich Linien- und Gormannstraßen-Gebäude an seine Frau zu verkaufen und nach seinem Wunsch sollte Dechand zusehen, wie er aus allen andern Grundstücken am besten zu seinem Gelde komme. — Selten haben sich in einem Prozesse die Behauptungen des Belastungszeugen und die Angaben der Angeklagten so scharf gegenübergestellt wie hier. Die Rechtsanwälte Morris und Lubinski zogen gegen die Glaubwürdigkeit des Zeugen Riedel sehr nachdrücklich zu Felde und hatten ein großes Material an Zeugen aufgeboden, welche die Darstellung der Angeklagten in wesentlichen Punkten unterstützten. Dazu kam, daß Justizrat Dr. Staub dem Angeklagten Schülle ein außerordentlich gutes Zeugnis ausstellte. Sämtliche Punkte der Anklage waren nach den Ergebnissen der Beweisnahme so wenig zu halten, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragte. Diese erfolgte denn auch bezüglich der beiden Angeklagten. Dem weitergehenden Antrage des Rechtsanwalts Morris, auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last zu legen, entsprach der Gerichtshof nicht. Schülle sitzt seit 5 Monaten in Untersuchungshaft; seine Haftentlassung in dieser Sache wurde verfügt.

Religion und Militärstaat. Ein interessanter Fall von Gehorsamsverweigerung wurde gestern vor dem Reichsmilitärgericht verhandelt. Der Wehrmann Johann Jabinski aus Weihenau, der während seiner Militärzeit noch der katholischen Religion angehört hatte, war vor zwei Jahren zur Seite der Adventisten vom siebenten Tage übergetreten. In diesem Frühjahr hatte er eine 14tägige Übung beim Infanterie-Regiment v. Alvensleben zu Kotbus absolviert und bei seinem Hauptmann, am Sonnabend keinen Dienst thun zu dürfen. Er motivierte diese Bitte dahin, daß ihm seine Religion und die Vorschriften der Bibel verbieten, vom Freitag bis Sonnabendabend zu arbeiten. Als dem Wehrmann dieses Gesuch abgelehnt wurde, weigerte er sich trotz mehrfacher Ermahnungen und Aufforderungen seiner Vorgesetzten das Gewehr zu nehmen und damit zu exerzieren. Vor ein Kriegsgericht gestellt, wurde J. zu 23 Tagen strengem Arrest wegen Gehorsamsverweigerung bestraft und seine Berufung vor dem Oberkriegsgericht war ohne Erfolg. Gestern fand Verhandlung vor dem Reichs-Militärgericht statt und im Führer-Verhandlung vor dem Reichs-Militärgericht vor dem siebenten Tage, um dem gefährdeten Wehrmann in seiner Not durch Gebet beizustehen. Aber auch das Reichs-Militärgericht verwarf die Revision, weil nach § 48 des Str.-G.-B. die Strafbarkeit einer Handlung in Uebereinstimmung mit dem Artikel 12 der Verfassung für die preussische Staatsverwaltung vom 31. Januar 1880 dadurch nicht ausgeschlossen wird, daß der Thäter nach den Vorschriften seiner Religion sein Verhalten für geboten erachtet hat.

Versammlungen.

Die willkürliche Milch- und Fleisch-Verteuerung.

Der neue Raubzug gegen die Beschäftigten, bildete den Gegenstand der Verhandlungen einer sehr stark besuchten, von den proletarischen Frauen einberufenen Volksversammlung, die am Donnerstag im Kolberger Salon tagte. Die Referentin, Genossin Martha Fiebig, verwies darauf, daß die Bevölkerung, die noch von der Erregung über den geplanten Brotwucher beherrscht wird und sich gegenwärtig noch im Kampfe gegen die Herabsetzung ihrer Lebenshaltung befindet, sich nun schon von neuem wieder rüsten muß, um einer weiteren Verteuerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel, um dem Milchwucher entgegenzutreten. Sie erläuterte eingehend das Verhältnis zwischen den Milchproduzenten, den Grundbesitzern und den Milchhändlern, sowie die von den Produzenten bereits getroffenen Maßnahmen, und schilderte, was die Bevölkerung von dem agrarischen Ringen der Milchwucherer zu erwarten hat, wenn sie sich nicht mit allen Kräften gegen den neuen Raubzug wehrt und die Ausbeutungsgelüste dieser Gesellschaft illusorisch macht. Mit Berlin soll der Anfang gemacht werden und wenn es den Rummern gelingen will, so werden andre Städte folgen, es wird auch nicht bei der Verteuerung von 2 Pf. pro Liter bleiben, die den Agrariern das häßliche Schmecken von ca. 5 Millionen Mark jährlich mehr einbringt, es wird bei dem bekannten Appetit, den diese Leute stets entwickeln, sehr bald eine weitere Preissteigerung der Milch und damit auch, wie schon geplant ist, eine Verteuerung aller andern Landesprodukte eintreten. Gerade die Mütter aus der arbeitenden Bevölkerung, die ihren Kindern ja nicht die teure, besonders präparierte Kindermilch kaufen können, denen es schwer genug fällt, bei den bisherigen ziemlich hohen Preisen die notwendige Nahrung für die Kinder zu beschaffen, sie müssen alles daran setzen, um für billiges Geld gute Milch zu bekommen. Es müsse dafür gefordert werden, daß vom 1. Oktober ab nur solche Geschäfte aufgeführt werden, wo ringfreie Milch verkauft wird. Wenn notwendig, wenn nicht genügend ringfreie Milch beschafft werden kann, so müsse der Milchkonsum auf einige Zeit eingeschränkt und dafür andre Nahrungsmittel verwandt werden.

Die Rednerin bespricht sodann die Erhöhung der Fleischpreise, die in der letzten Zeit ganz im Stillen vorgenommen worden ist. Auch hier sind es wieder die Frauen der arbeitenden Bevölkerung, die unter dieser Teuerung am schwersten zu leiden haben, die mit ihren paar Pfennigen Wirtschaftsgeld den Hausstand bestreiten sollen und sich so oft selbst die größten Entbehrungen auferlegen, um nur die notwendigen Lebensmittel für die Familie beschaffen zu können.

Der Vortrag wurde von den Versammelten, darunter viele Frauen, mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommen. In der darauf folgenden Diskussion, an der sich u. a. der Vorsitzende des Milchhändler-Verbandes und die Genossin Jhrer beteiligten, äußerten sich sämtliche Redner im Sinne des Referats und von allen wurde zum energischen Widerstand gegen den Lebensmittelwucher aufgefordert. Schmeicheleien wurden hierbei den Agrariern nicht nachgelassen, sondern im Gegenteil wurde ihr rückwärtsloses Gebahren gegenüber den übrigen Volksschichten recht drastisch gefernschmetzelt. Hieran wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die am 19. September im Kolberger Salon Versammelten erklären, daß sie die Argumente, welche die Mitglieder des Milchringes für die am 1. Oktober geplante Milchverteuerung anführten, als sichaltig nicht anerkennen. Sie sehen vielmehr in der Erhöhung des Milchpreises eine ungerechtfertigte Maßregel, die den wenigen Reichen Vorteil, der Masse des Volkes aber erheblichen Nachteil bringt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung würde infolge ihres geringen Einkommens bei so erheblicher Steigerung des Preises den Milchkonsum auf das äußerste einschränken müssen, was eine weitere Verschlechterung der Volksernährung bedeuten würde.“

Daher protestieren die Versammelten energisch gegen die geplante Verteuerung der Milch. Sie verpflichten sich, um diese Ausbeutung des Volkes zu verhindern, von der Milch-Centrale vorläufig keine Milch zu beziehen und somit jene Händler im Kampfe gegen die Verteuerung zu unterstützen, welche den bisherigen Preis aufrecht erhalten wollen.“

Am Montag findet eine Volksversammlung im Gewerkschaftshaus statt, die sich mit demselben Thema beschäftigen wird.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Eisenbahnunglück.

Budapest, 20. September. (W. T. U.) In der vergangenen Nacht ist ein von Vereckoroda kommender Schnellzug bei Palota entgleist. Ein nachfolgender Petroleumzug fuhr in denselben hinein, wodurch eine Explosion entstand. Mehrere Wagen gerieten in Brand, acht Personen, meist Angehörige des Zugpersonals, wurden getötet, mehrere verletzt.

Strasbourg i. Elsass, 20. September. (W. T. U.) Gestern erbeutete sich in Habundingen (Kreis Glatzen-Salins) ein schweres Unglück. Bei dem Brande eines Wohnhauses stürzte eine 18 Meter hohe Mauer ein und begrub 15 Feuerwehrlente unter ihren Trümmern. Die Verunglückten sind zum größten Teil erheblich verletzt. Ein Feuerwehrmann ist seinen Wunden bereits erlegen.

Budapest, 20. September. (W. T. U.) Der mit der Hilfsaktion für die ruthenische Bevölkerung betraute Regierungs-Kommissar Egen erschloß sich aus bisher unbekannter Ursache.

Prag, 20. September. (W. T. U.) In Politz stürzte der im Bau begriffene Schornstein eines Ringziegelofens ein, wodurch zwei Maurer getötet und sechs meist schwer verletzt wurden.

London, 20. September. (W. T. U.) Der amtliche Bericht über den Verlust der „Cobra“ ist gestern abend in der Admiralität eingetroffen. Derselbe stellt fest, daß von der 80 Mann starken Besatzung 58 Personen umgekommen sind.

London, 20. September. (W. T. U.) Lord Kitchener meldet aus Pretoria von gestern: Zwei Geschütze der königlichen reitenden Artillerie, welche unter Eskorte einer Compagnie britischer Infanterie von den hydraulischen Werken abgezogen waren, wurden bei Mafontain, 15 Meilen südlich der hydraulischen Werke, von einer überlegenen feindlichen Macht umzingelt und fielen in die Hände des Feindes. 1 Lieutenant wurde getötet. Englische Kolonnen sind zur Verfolgung des Feindes abgedandt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Mit der Milch- und Fleischverteuerung wird sich eine am Montag im Gewerkschaftshaus stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Frau Dietz hält das Referat. Ramentlich an die Frauen ergeht die Aufforderung zum Besuch der Versammlung.

Charlottenburg. Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl von folgenden Lokalen aus statt: Posthof, Potsdamerstraße 44. Leder, Bismarckstr. 74. Kant, Charlottenburger Ufer 2. Dörre, Wallstr. 90. Petrit, Seseheimerstr. 1. Fischer, Pestalozzistraße 84. Rötiger, Leibnizstr. 3. Wredlow, Ansbacherstr. 31. — Wir erlauben die Parteigenossen sowie auch diejenigen, welche sich daran beteiligen wollen, zahlreich zu erscheinen.

Treptow-Baumgartenweg. Die Stichwahl zur Gemeindevertretung ist auf den 8. Oktober angelegt worden. Unsere Parteigenossen werden gewiß alles daran setzen, damit unsere beiden Kandidaten Gerisch und Karow als Sieger aus der Wahl hervorgehen. Die Gegner bieten alle Mittel auf, die Wahl unserer Genossen zu verhindern, und daß diese Gesellschaft mit großer Struppellosigkeit arbeitet, ist bekannt. Agitiere daher ein jeder im Kreise der Nachbarn und Bekannten, damit unser Ziel erreicht und die gerade am unserem Orte so notwendige sozialdemokratische Vertretung zur Tatsache werde.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß zur Einleitung der Stadtverordnetenwahlen am Sonntag, den 22. d. Mts., von morgens 7 1/2 Uhr ab, eine Flugblattverbreitung stattfindet. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen, damit wir in diesem Jahre größere Erfolge erzielen. Die Ausgabe der Flugblätter erfolgt in folgenden Lokalen: Ständer, Hohenkaufstr. 80. Schilling, Stoffhäuserstr. 18. Hoppe, Marienburgerstr. 7. Obst, Weiningerstraße 8. Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8. Püschel, Gunglstraße 9 und No 11, Sponhofstr. 34.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Schöneberg. Am Sonntagvormittag 11 Uhr findet eine öffentliche Versammlung der Mitglieder aller Krankenkassen in Obfö Festsälen, Weiningerstr. 8, statt. Tagesordnung: Die Schöneberger Orts-Krankenkasse und der Landrat des Kreises Teltow. Referent: Dr. Curt Freudenberg.

Pankow-Nieder-Schönhausen. Ueber den Wert der Konsumgenossenschaften für die Arbeiterbevölkerung spricht am Dienstagabend Genosse Dr. Leo Arons bei Blaurod, Wollankstraße 113. Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet zu dieser Versammlung eine Flugblattverteilung statt, zu der sich die Parteigenossen zahlreich bei Hoffmann, Mühlenstr. 25, Pankow, und bei Settelorn, Lindenstr. 1, Nieder-Schönhausen, einfinden wollen.

lokales.

Die Arbeiterfrauen gegen den Milchwucher.

Rum haben auch die Arbeiterfrauen Berlins zu dem Milchkrieg, dessen offener Ausbruch zum 1. Oktober bevorsteht, Stellung genommen. In einer sehr gut besuchten Versammlung zunächst für Berlin-Nord (über die wir an anderer Stelle berichten) haben sie am Donnerstagabend ihr Urteil über die Milchverteuerungspläne der märkischen Landwirte abgegeben und sich freudig auf die Seite der Berliner Milchhändler gestellt. Weitere Versammlungen in anderen Stadtteilen werden folgen. Wir zweifeln nicht, daß der in der Versammlung vom Donnerstag gefasste Beschluß, keine Milch zu kaufen, die durch Vermittlung der sogenannten Milchzentrale in den Verkehr gelangt ist, bei der gesamten Arbeiterchaft Berlins Beifall finden und überall streng durchgeführt werden wird, bis der Ring der Milchverkeurer gesprengt ist.

Die Arbeiterfamilien sind zwar im einzelnen keine großen Milchkonsumenten — für viele Familien ist die Milch schon bei dem bisherigen Preise ein schwer erwerblicher Luxusartikel — aber in ihrer Gesamtheit bilden sie eine Macht, mit der die „Milchbauern“ rechnen müssen. Die auf Seiten der Milchverkeurer stehende Presse giebt sich denn auch alle erdenkliche Mühe, um noch in letzter Stunde die Berliner Hausfrauen zu gewinnen und eine förmliche Vogelpottierung der Milchzentrale abzuwenden. Die „Deutsche Tageszeitung“, die in dieser Richtung mit besonderem Eifer thätig ist, appelliert an die Klugheit der Frauen und versichert dabei, daß die Hausfrauen durch die Milchzentrale am besten bedient werden würden. Dieser Appell an die „Klugheit“ ist thatsächlich ein Appell an die Dummheit — an jene Dummheit, auf die man bei der Mehrzahl unserer Hausfrauen immer noch zählen zu dürfen glaubt. Wer die in der Milchzentrale vereinigten Milchverteuerungs-lustigen Agrarier unterstützt, indem er ihnen ihre Milch abnimmt, der stärkt ihre Macht und hilft mit, ihnen die Möglichkeit verschaffen, den Händlern und den Konsumenten hinterher Preise zu machen, die noch weit über die jetzt geforderten hinausgehen.

Die Milchverkeurer renommieren fort und fort mit der Bundesgenossenschaft ihres Herrgott im Himmel, der nach der Versicherung eines ihrer Führer den märkischen „Milchbauern“ näher steht, als den gottlosen Berlinern. Wenn man diesen gottessüchtigen Mundhelden ins Herz hineinsehen könnte — ach, wie kläglich mag manchem von ihnen zu Mute sein! Sie wären auf der Stelle bereit, den Herrgott samt dem Himmel daranzugeben, wenn sie dafür die Sympathien der Berliner Bevölkerung erkaufen könnten.

Das Elisabeth-Kinderspital, jenes verurteilte Krankenhaus, mit dem wir uns in den letzten Wochen leider sehr oft beschäftigen mußten, ist also nun (wie bereits gestern mitgeteilt) von der städtischen Armenverwaltung und von der städtischen Wasserverwaltung aus der Reihe derjenigen Anstalten gestrichen worden, denen seitens der Stadt fränke Kinder zur Behandlung überwiesen werden. Die direkte Verantwortung zu diesem Beschluß bilden die unsren Lesern bekannten Vorkommnisse, die Übertragung einer in die Anstalt eingeschleppten Geschlechtskrankheit auf eine große Zahl anderer in der Anstalt verpflegter Kinder. Indem die Stadtverwaltung die bisherige langjährige Verbindung mit dem Elisabeth-Kinderspital jetzt plögl. abbricht, giebt sie den von uns festgestellten und der Öffentlichkeit unterbreiteten Sachverhalt endlich offiziell zu. Noch vor 14 Tagen hatte in der Stadtverordneten-Versammlung der Stadtrat Straßmann gegenüber unserem Genossen Stadtverordneten Freudenberg den Versuch gemacht, alles abzuschweigen. Der Beschluß, die Verbindung mit der Anstalt zu lösen, war schon dadurch geboten, daß die Gefahr weiterer Ansteckungen auch jetzt noch keineswegs beseitigt erscheint — abgesehen von den sonstigen Bedenken, die man nach jenen skandalösen Vorkommnissen fortan überhaupt gegen das Elisabeth-Kinderspital haben muß. Vorläufig ist die Zahl der geschlechtskranken Kinder in der Anstalt noch nicht viel herab-

gegangen. Es liegen gegenwärtig auf der betreffenden Station immer noch neun Kinder. Ein Kind, das auf elterlichen Wunsch bereits entlassen war, ist kürzlich neu eingeliefert worden, weil sich zu Hause herausstellte, daß bei weitem noch nicht volle Heilung erzielt war. Auch bei einem anderen Kinde, das schon vor längerer Zeit ungeheilt aus der Anstalt herausgenommen, zu Hause weiter behandelt worden war und ziemlich geheilt schien, haben sich die Symptome der Krankheit neuerdings wieder stärker bemerkbar gemacht. — Sehr bezeichnend ist übrigens die Haltung der bürgerlichen Presse gegenüber dem oben erwähnten Beschluß. Zunächst hat sie, ohne Ausnahme, noch keinerlei Notiz davon genommen. Soll etwa die bisher geübte Taktik, die ganze Sache womöglich totzuschweigen, auch jetzt noch fortgesetzt werden?

Zum Milchkrieg. Abgelehnt hat der Vorstand der Berliner Väterinnung „Germania“ das Angebot der Milchzentrale, ihren Mitgliedern Milch für 15 Pf. pro Liter frei ins Haus zu liefern. Die Innungsleitung, an deren Spitze Obermeister Bernard, früher konservativer Reichstagskandidat im ersten Berliner Wahlkreis, steht, erklärte sich einstimmig für eine energische Verhinderung der Milchverkeuerungs-Versuchungen. Es wurde betont, daß das Vorgehen des Milchringes tausende kleiner Milchhändler dem Ruin preisgebe. Eine fünfgliedrige Abwehrkommission wurde damit betraut, sofort die geeigneten Maßnahmen zu treffen und mit den Milchhändler-Vereinen wie mit den Milchlieferanten der Väter-Wirtschaftsgenossenschaft in Verbindung zu treten. Die Väter-Bezirksvereine in den einzelnen Stadtvierteln haben nur auf die Entscheidung des Innungsvorstandes gewartet, um gleichfalls den Kampf gegen die Milchverkeuerung aufzunehmen. Man rechnet in Väterkreisen darauf, daß infolge des durch die Vereine garantierten Massenbezuges sich genügend vom Ringe unabhängige Milchlieferanten finden werden.

Wegen der Errichtung einer städtischen Volks-Badeanstalt im Norden der Stadt hatte die Stadtverordneten-Versammlung beschloffen, dem Magistrat anbeizugeben, die Anstalt statt in der Bielenstraße, wie vorgeschlagen, in der Gerichstraße zu errichten. Der Magistrat ist damit einverstanden. Die Badeanstalt soll auch ein Schwimmbassin für Frauen erhalten.

Neue Schwierigkeiten beim Bau der Untergrundbahn sind in letzter Zeit zu Tage getreten. Infolge des Tunnelbaues machten sich in der Tauenzienstraße Senkungen bemerkbar, die Geleise der Straßenbahn verloren ihre gerade Richtung und wurden unbrauchbar. Es stellte sich die Notwendigkeit heraus, die ganze Strecke neu zu asphaltieren, wobei selbst die untere Cementschicht aufgerissen und erneuert werden mußte. Ausbesserungsarbeiten sind in dem Teil der Tauenzienstraße, wo die Tunnelarbeiten fertig sind, die Geleise in die Mitte der Promenade gelegt worden. In der Hardenbergstraße mußte ein Teil des Tunnels wieder zugubauet werden. Die Gemeinde Wilmersdorf besteht nämlich darauf, daß hier ein Rotausgang nahe dem Zoologischen Garten unter der Untergrundbahn angelegt werde. Da auch die Polizeibehörde sich für die Anlage eines Rotausgangs ausgesprochen hat, wird bald mit dessen Anlage begonnen werden. Die umfangreichen Verlegungen von Kanalisationsröhren, zu welchen sich die Stadt Berlin durch den Tunnelbau gezwungen sah und welche 300 000 Mark Kosten verursachen, gehen ihrer Vollendung entgegen.

Daß die Sensationspresse ihr gut Teil dazu thut, um herostratische Thaten zu Unthaten anzufachen, zeigt sich von neuem gelegentlich der Ermordung des amerikanischen Präsidenten. Die „Berliner Morgenpost“ bringt in ihrer Nummer vom Freitag nicht allein das Konterfei des Mörders Czolgosz im Holzschmitt, sondern auch noch eine Abbildung des Hauses, worin der Attentäter in Cleveland wohnte. Das ist eine Unschmeichelung der rohesten Instinkte im Menschen, wie sie verwerflicher kaum gedacht werden kann.

Als Södel 1878 das Attentat auf Wilhelm I. begangen hatte, schmeichelte es seiner Eitelkeit nicht wenig, daß nunmehr seine Photographie überall angekauft werde, und ein Eingangs in der „Vossischen Zeitung“ ließ sich über den Unfug, der damals mit dem Bilde des Verbrechers getrieben wurde, in folgenden zutreffenden Worten aus: „Da prangt er nun wie ein Wohlthäter seines Volkes oder ein Held seiner Partei in einem Dutzend verschiedener Stellungen an den Schaufenstern und es fehlt zu seiner Befriedigung nur noch, daß er die Häupter sehen könnte, die sein Bild bewundern. Alle illustrierten Zeitungen bringen sein Porträt im Brustbilde, wie auch in dem Moment, wo er sich verneigt und beschäftigt sich auf eingehendem mit seiner „interessanten“ Person. Ein abelberatenes Familienblatt widmet ihm eine zum Straßenverlauf bestimmte Extrablätter mit Bildern in Farbendruck, auf deren erster Seite sein Porträt in einem Prachtvollschmitt dargestellt wird, wie man ihn den Portraits gewöhnlicher Unsterblichen nie zu teil werden läßt. Nun, ich kann mir nicht helfen, das heißt eine Prämie auf diese Kategorie von Verbrechern setzen und zur Raueiferung förmlich herausfordern.“

Kurze Zeit, nachdem dies gedruckt war, verübte Robiling sein Attentat. Die Sensationspresse richtet sich trotz aller Vorhaltungen auch heute noch nach dem Grundsatz: Erst das Geschäft und dann die Moral.

Wegen Teilnahme an der Ermordung der Frau Rühlde hatte der als Helfershelfer Jänides verhaftete Arthur Steink gestern noch ein längeres Verhör zu bestehen, nachdem der Hauptthäter wieder nach Moabit gebracht worden war. Obwohl ihn Kriminalkommissar Ruds das Gegenteil bereits nachgewiesen hat, leugnet Steink nach wie vor, das Nordmesser besessen und dem Jänide in die Hand gedrückt zu haben für den Fall, daß er auf Widerstand stoßen sollte. Seiner Darstellung nach war nur ein Einbruch geplant. Als Jänide aus dem Gefängnis gekommen sei, habe er ihn aufgegriffen und mit ihm beratschlagt, wie er wohl zu Geld kommen könne. Es handelte sich hierbei um den Einbruchplan, den wir in dem Bericht über den Mord bereits erwähnten. Jänide habe angeregt, bei Rühlides einzubrechen, da die Leute Geld hätten. Er selbst könne den Einbruch nicht anerkennen, da er mit den Leuten zu bekannt sei und zu leicht entdeckt werden könnte. Deshalb solle Steink hingehen. Dieser hatte aber, wie er sagt, keinen Mut, und überredete Jänide, es doch selbst zu versuchen. Daß er nun, während Jänide die That ausführte, unten auf der Straße wartete, giebt Steink zu, von dem Morde will er jedoch nichts gewußt haben. Er sei nach wie vor der Meinung gewesen, daß Jänide nur den Einbruch verübt habe. Daß dessen Kleider mit Blut befudelt waren, will er wohl gesehen haben; er habe jedoch geglaubt, das rühre vom Rasenbluten her. Diese Ausrede ist jedoch ebenso wenig stichhaltig, wie alle andern. Nach der That begaben sich Jänide und Steink zusammen nach Steglitz und kauften den neuen Anzug in einem dunklen Kleiderladen. Die beiden Jnhaber dieses Geschäftes waren zu dem gestrigen Verhör geladen und erkannten Steink als den Begleiter Jänides wieder. Der schmutzigen Kleider, die der eine Geschäftsmann in ein Paket zusammengebunden hatte, entledigten sich die Verbrecher auf dem Grundstück Elshofstraße 61. Das Geld, das er von Jänide erhielt, will Steink am Hofenplatz ins Wasser geworfen haben. Dabei bleibt er trotz der Unwahrscheinlichkeit dieser Angabe. Steink war zunächst ziemlich reumütig, dann versuchte er es mit dem wilden Mann, und nun ihm das nicht geduldet hat, ist er frech und verstockt geworden. Die gerichtsarztliche Öffnung der Leiche der Ermordeten hat heute vormittag im Leichenhaus an der Magistrate um 10 Uhr begonnen. Unter der Leitung des Landrichters Albrecht führte Kreisarzt Dr. Keitler und Dr. Friedemann sie im Beisein des Kriminalkommissars Ruds aus.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund des § 41 b der Reichs-Gewerbe-Ordnung ordnet der Polizeipräsident an, daß innerhalb der Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nizdorf in dem Gewerbebetriebe der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher vom 1. Oktober ab an Sonntagen und Festtagen der Schluß der Geschäfte um 2 Uhr nachmittags zu erfolgen hat. Verstöße gegen diese Anordnung werden nach § 146 a der Reichs-Gewerbe-Ordnung mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

Der Rückgang der Bauhätigkeit ist in den einzelnen Stadtteilen Berlins in den letzten Jahren recht verschieden groß gewesen. In dem Jahreskreis von 1895/96 bis 1899/1900 kamen in ganz Berlin 404, 384, 285, 290, 228 bisher ungebaut gewesene Grundstücke infolge Bebauung bei der städtischen Feuerlöschgesellschaft in Zugang. 1895/96 fielen allein 129 dieser Grundstücke, fast ein Drittel aller, auf Standesamtsbezirk X (Rosenhaler Vorstadt) und 87 Grundstücke, reichlich ein Fünftel aller, auf Bezirk XII (Moabit). Bis zum Jahre 1899/1900 sank die Zahl der infolge Bebauung in Zugang gekommenen Grundstücke in Bezirk X auf 20, in Bezirk XII auf 35. Aus den Bezirken VII und VIII (Stralauer Viertel und Königsviertel) kamen 1895/96 69 und 31 Grundstücke hinzu. Ihre Zahl stieg noch in den nächsten Jahren bis 1898/99 auf 79 und 83, sank aber 1899/1900 auf 51 und 55. Im Bezirk IV (Kempelhofer Vorstadt) und dem benachbarten Bezirk V (Luisenpark jenseits des Kanals) betrug 1895/96 der Zugang nur 31 und 17 Grundstücke. Er stieg 1896/97 noch auf 41 und 49, sank aber dann bis 1899/1900 auf 21 und 19. In allen übrigen Stadtteilen war der Zugang das ganze Jahreskreis hindurch unerheblich.

Die Herbstferien der Schulen. Der Schluß des Sommer-Semesters 1901 erfolgt am Sonnabend, den 28. d. Mts. Die Ferien dauern bis zum Dienstag, den 8. Oktober, an welchem Tage das Winter-Semester 1901/1902 beginnt.

Der Lichtofen im Kunstgewerbe-Museum soll der Mittheilung einer Korrespondenz zufolge fortan abends von 7—9 Uhr elektrisch beleuchtet und dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Wegen verübten Mordes ist Donnerstagabend der 40 Jahre alte Bauarbeiter Otto Druschke aus der Hübnerstr. 2 verhaftet worden. Druschke, der seit 26 Jahren verheiratet und Vater von drei erwachsenen Kindern ist, geriet vorgestern nachmittags mit seiner Frau wegen Familienangelegenheiten in Streit. Dann verließ er die im ersten Stock des Seitensüßels gelegene Wohnung, um bald darauf mit einem geladenen Revolver zurückzukehren. Aus Furcht, daß er sie umbringen könnte, weigerte sich seine Frau, ihm zu öffnen. Druschke schoß nun durch die Thür hindurch auf sie, ohne jedoch zu treffen. Durch den Knall und den Lärm aufmerksam gemacht, holten Hausbewohner Schutzmänner und Kriminalbeamte, die Druschke auf dem Treppenhof festnahmen und in Fesseln nach der Wache des 102. Reviers am Weidenweg brachten. Von dort wurde er später der Kriminalpolizei am Alexanderplatz zugeführt. Hier bestritt er, die Wöcht, seine Frau zu töten oder zu verwunden, gehabt zu haben, und behauptete, er habe nur einmal versuchen wollen, ob der Revolver geladen sei. Auf die Befragung der Frau hin wurde er jedoch nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht.

Zur Angelegenheit Gehlsen schreibt ein Berichterstatter, daß dessen Sache noch immer nicht erledigt ist, obwohl Gehlsen bereits am Sonntagabend nach Verbüßung seiner Strafe aus dem Strafgefängnis in Regel entlassen worden ist. Am 19. Dezember 1899 wurde Gehlsen in der Anklage wegen Verleitung des Charlottenburger Magistrats, dem er Korruption zum Vortour gemacht hatte, von der zweiten Strafkammer am Landgericht II freigesprochen, weil die Beweisaufnahme ergeben hatte, daß der Beweis der Wahrheit geführt war. Am 1. Mai 1900 hob das Reichsgericht das freisprechende Urteil auf und verurteilte die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht I. Dieses setzte für den 27. Juli 1900 einen Termin an, in welchem die Beweisaufnahme in größerem Umfang noch einmal wiederholt werden sollte. Auf Antrag des Charlottenburger Magistrats wurde dieser Termin „vorläufig“ vertagt und nun „ruht“ die Sache heute noch. Vierzehn Monate sind seitdem ins Land gegangen, doch von einem neuen Termin ist noch immer keine Rede. Inzwischen ist zwar der betreffende Beamte, dem die Korruption zum Vortour gemacht wurde, im Disziplinarverfahren verurteilt worden, indessen schwebt über dem freigesprochenen Gehlsen noch immer das Damoklesschwert der Verurteilung. In dem am 21. Dezember 1899 verhandelten Erpressungsprozess, der mit der Verurteilung Gehlsens zu 1 1/2 Jahren Gefängnis endete, hat Gehlsen bekanntlich das Wiederaufnahme-Verfahren beantragt und die drei Hauptbelastungszeugen des Reichs bezichtigt. In diesem Falle hat der Staatsanwalt dem Bezirkeilen nach elf Monaten den Bescheid zugehen lassen, daß er keine Veranlassung habe, gegen die Beschuldigten einzuschreiten. Jetzt liegt die Sache bei der Oberstaatsanwaltschaft.

Eine Räubergeschichte. Die Frau des Bureauvorstehers Schönwetter, Friedenstr. 60, behauptet, gestern vormittag von einem Manne mit falschem Warte in ihrer Wohnung überfallen zu sein. Der Eindringling habe sie durch Bedrohen mit dem Revolver am Hüftgürtel gehindert und alles, was an Geld und Wertachen in der Wohnung war, geraubt. Am Schluß habe er sie an eine Tischkante festgebunden; später sei es ihr allerdings gelungen, sich wieder loszumachen, jedoch zu spät, um die Verfolgung aufnehmen zu können. Die Angaben der Frau Schönwetter bezeugen starkem Mißtrauen.

Ein dreifler Dieb machte gestern mittag kurz vor 12 Uhr dem Gashof zur Stadt Müppin in der Köpenickerstr. 3 einen kurzen Besuch. Während die Bestierin, Frau Koll, in einem Wohnzimmer des ersten Stods fünf Minuten lang die Arbeit der Zimmermädchen nachsah, stahl ein Dieb, der unbemerkt von der Straße heraufgekommen war, aus dem Nebenzimmer ein großes Federbett und entkam damit am helllichten Tage. Nur einem Dienstmädchen aus der Nachbarschaft, das ihn aber auch nicht näher beschreiben kann, war er aufgefallen. Als man sich jedoch an seine Verfolgung machte, war er mit der Beute längst verschwunden. Das Bett ist 30 M. wert und hat ein rotes Inlett und einen weißen Bezug mit dem Zeichen R. R.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Sonntag, den 18. August, abends 10 Uhr, in Treptow auf dem Rordring-Wahnsitz gesehen haben, wie der Stationsvorsteher einen Passagier anhielt, der aus dem in der Fahrt begriffenen Zug ausstiegen war, werden gebeten, sich bei Achilles, Reinkeindorferstr. 28, Hof part. zu melden. Auslagen werden vergütet.

Die Vertrauensperson des zweiten Wahlkreises ersucht um, folgendes bekannt zu geben: Bei dem Sommersitz des zweiten Berliner Wahlkreises am 8. September in der Berliner Postbrauerei am Kempelhofer Berg ist ein schwarzer Damen-Spigenstragen verloren worden. Es wird gebeten, denselben an den Vertrauensmann Paul Scholz, SW. Fildischstr. 33 vom IV. abgeben zu wollen. Ebenfalls ist ein Damen-Sonnenschirm und ein Paar Mädchen-Handschuhe als gefunden abgegeben worden und von den Eigentümerinnen mittags von 12—2 Uhr in Empfang zu nehmen.

Strafenspernung. Der nördliche Teil der Fischerstraße vor den Häusern Nr. 1 und 2 bzw. Nr. 38 wird beaufs Asphaltierung vom 23. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Ein größeres Schadenfeuer kam Donnerstagabend gegen 10 Uhr in der Rosenstraße 15 im Lagerkeller der Exportfirma für Galanterie- und Bijouteriewaren von M. Reich aus, das sich sehr rasch ausbreitete und den ganzen Lagerraum erfasste. Eine starke Verqualmung erschwerte die Löscharbeiten. Drei Röhre hatten fast eine Stunde Wasser zu geben, bevor die Flammen erstickt

wurden. Der verursachte Schaden ist erheblich. Ueber die Entstehungsurache ist nichts ermittelt. In der Schönhauser Allee 125 brannten Küchenschrank und Kaminofen 42 Gardinen und Mobilien. Durch überhitzten Teer war Rangenerstraße 2 Feuer entstanden, das jedoch noch in kleine erstickt wurde. Kleinere Brände wurden außerdem von Rheinsbergerstraße 6 und von Wilowstraße, Ecke Potsdamerstraße, gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Nixdorf beschloß in ihrer Sitzung am Donnerstag, die Vererbung in Sachen der Wahl des Steinwegmeisters Widel aufrecht zu erhalten, damit die aufgeworfenen Rechtsfragen in letzter Instanz entschieden werden. — Von dem im Juni gewählten Bezirksvorsteher, Bezirksvorsteher-Stellvertretern, Ratensräten u. habe eine ganze Anzahl die Uebernahme des Amtes abgelehnt. Es wurden dafür andre vorgeschlagen. Stadtv. Conrad (Soz.) beantragt Ueberweisung an den Wahl-ausschuss und rügte nochmals, wie schon in früheren Sitzungen, die jedem parlamentarischen Anstand höhnisprechende Art und Weise, wie man die Wahl vorbereitet habe, um ja alle Personen von den Wählern fernzuhalten, die der Arbeiterpartei nahe ständen. Die Mehrheit wählte jedoch ohne weiteres die vorgeschlagenen Personen. Auch bei der Wahl von drei Mitgliedern zur Armen-Deputation holte Conrad zur Kritik aus. Seinen Vorschlag, die Ärzte Dr. Silberstein (Soz.) und Dr. Deuber zu wählen, da jetzt auch die Pflege-Anstalten der Armen-Deputation unterständen und sich die Herren in gleichen Ämtern betätigen hätten, folgte die Mehrheit nicht. Man will sich eben die sachverständigen Kritiker möglichst vom Hals halten. — Das Projekt vom Bau des neuen Armenhauses wurde genehmigt. Ein Wunsch des Stadtv. Dr. Silberstein, die Bade-Einrichtungen betreffend, soll berücksichtigt werden.

Aus Lichtenberg berichtet man uns: Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst die Wahl eines Schöffen vor. Die bürgerlichen Parteien vereinigten ihre 20 Stimmen auf den bisherigen Inhaber des Amtes, Fabrikbesitzer Kronhausen, und retteten dadurch die Gemeinde vor dem Einzuge eines Socialdemokraten — auf den 8 Stimmen entfielen — in den Gemeinde-Vorstand.

Eine Hilfskraft für das Bureau der nunmehr in Gemeindebetrieb übergegangenen Wasserwerke wurde bewilligt, trotzdem Herr Göhlendorf (freil.) seine Verwunderung über die „Höhe“ der Befoldung (1800 M.) zum Ausdruck brachte.

Eine längere Debatte entspann sich über den von den Socialdemokraten zum zweitenmal eingebrachten Antrag: „Gemeindeverordnete und Gemeinde-Vorstandsmitglieder (Schöffen) dürfen sich an Arbeiten und Versicherungen für die Gemeinde nicht betheiligen.“

Am 15. August stellte Herr Plonz (freil.) den Antrag: Mitglieder des Wasserwerk-Kuratoriums dürfen sich an den Versicherungen und Arbeiten bei der Erweiterung des Werkes nicht betheiligen. Der Kostenaufschlag liegt 400 000 M. vor. Dieser Antrag wurde trotz seiner persönlichen Spitze durch die Unterstützung der Socialdemokraten zum Beschluß erhoben und nun kam, um ganze Arbeit zu machen, unser wiederholter Antrag.

Der Gemeindevorstand, wie auch die bürgerlichen Führer wandten sich gegen den Antrag; die bekannten kleinen Einwände und Schlagworte, wie Zukunftsstaat und Ungerechtigkeit, Mangel an Auswahl von Lieferanten, Mangel an Gemeindeverordneten usw. wurden heraufgeholt. Ja Herr Plonz, als Urheber des Teilsantrages, operierte mit folgendem Praesupposit: Würde der Antrag Beschluß, dann müßten, um seinen Zweck zu erreichen, die Familienangehörigen, sonstige Verwandten und — die Wähler der Gemeindeverordneten auch von den Arbeiten ausgeschlossen werden. Obwohl Genosse Grauer die Uebertreibungen geißelte und im besonderen auf die Inkonsequenz des Herrn Plonz hinwies, wurde der Antrag mit allen gegen die Stimmen der acht Socialdemokraten abgelehnt.

In Lichtenberg ist der Gemeindefschul-Unterricht wegen eines unheimlichen Krankheitsfalles teilweise unterbrochen worden. Ein Schulanke ist nämlich, wie vermutet wird, an der Genickstarre plötzlich verstorben. Die zwölf Klassen der Schule in der Dorfstraße, welche mit der Klasse, die der Verstorbene besuchte, in Verbindung standen, sind geschlossen worden; die Räume wurden durch die Berliner städtische Desinfektionsanstalt desinfiziert, ebenso die Wohnung der Eltern des Verstorbenen.

Johannisthal, die Kirche und der Teltow-Kanal. Daß die Kirche sich nicht allein mit geistlichen Angelegenheiten beschäftigt, beweist das Vorgehen des Kirchenrats in dem benachbarten Rudow. In dem neuen Teltow-Kanal, der zwischen den beiden Ort-

schaften durchgeführt wird, ist auf Johannisthaler Gebiet eine Ausladestelle geplant. Die auf der gegenüberliegenden Seite gelegene Parzelle, zum Kirchengut Rudow gehörig, hat nun der Kirchenrat der Kanalbauverwaltung unentgeltlich angeboten, um dadurch die Ausladestelle auf Rudower Gebiet zu bekommen. Nachdem die reichen Rudower Bauern durch unentgeltliche Hergabe von Land erreicht haben, daß der Kanal, entgegen der früheren Festsetzung, nunmehr dicht bei Rudow vorbeigeführt wird, würde durch die Anlage des Ausladeproyekts auf Rudower Gebiet die Gemeinde Johannisthal auch den letzten Vorteil an der Kanalanlage verlieren, abgesehen von den Kosten ebenfalls mit beitragen muß. Die Gemeindevertretung dürfte gut thun, sich sobald wie möglich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und die Interessen der so wie so schon armen Gemeinde zu wahren.

Aus Steglitz berichtet man uns: Der Verlauf eines Gemeindegundstückes, an der Rieler- und Düsselstrassen-Ecke gelegen, wird von der Mehrheit der hiesigen Gemeindevertretung, in der die sogenannte Hauspekulanten-Partei dominiert, geplant. Die Offerte eines kaufslustigen Unternehmers wurde von der zuständigen Kommission nur deswegen abgelehnt, weil das Angebot zu niedrig erschien. Dagegen wurde der Vorschlag gemacht, das Grundstück meistbietend zu versteigern. Die freihändigen Hausagrarier wußten offenbar den Antrag des socialdemokratischen Gemeindevorstandes Kapp, auf dem Gemeindegundstück Häuser mit kleinen Wohnungen zu bauen, dadurch die Grundlagedarabenden, daß sie eine schleunige Veräußerung des dürftigen Gemeindegundstückes anstreben, obwohl die Regierung den Gemeindegund eine Vermehrung ihres Grundbesitzes empfiehlt.

Versammlungen.

Die Püger hielten am Donnerstag eine sehr zahlreich besuchte Versammlung im Gewerkschaftshause ab, die sich mit den letzten Beschlüssen des Arbeitgeber-Bundes und der Stellungnahme dazu befaßte. Die Arbeitgeber sollen, wie der Referent äußerte, ausführen, beschließen haben, ihren Arbeitsvertrag, der bekanntlich eine Verschlechterung der geltenden Arbeitsbedingungen enthält, bis zum 1. Oktober einzuführen. Bisher haben sie mit der Einführung wenig Erfolg gehabt. Die Hoffnungen, die sie auf die Gründung des neuen Vereins der Püger gesetzt hätten, haben sich nicht erfüllt. Dieser Verein freisetzt nur noch ein Scheinwesen. Die Bankontrolle hat ergeben, daß zur Zeit 1420 Püger auf 196 Bauten arbeiten und nur auf sechs Bauten sind die Meisterverträge ganz oder teilweise eingeführt. Die Konjunktur, führte der Referent aus, sei eine ziemlich günstige. Die herrschende Krise habe sich im Vaugewerbe bis jetzt nur wenig bemerkbar gemacht. Auf 189 Bauten würden in nächster Zeit die Pügerarbeiten beginnen und auf den jetzt in Arbeit befindlichen Bauten sei teilweise noch drei bis sechs Wochen zu thun. Es liegt also gar kein Grund vor, auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einzugehen. Nach kurzer Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, durch welche sich die Versammelten verpflichten, dem Vorgehen des Arbeitgeber-Bundes entgegenzutreten, die geplante Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren, nur zu den bisher gültigen Arbeitsbedingungen, 8 St. Abschlagslohn und 8 1/2 stündiger Arbeitszeit, Pügerarbeiten auszuführen und während des Winters die mit den Mauern vereinbarte Arbeitszeit einzuhalten. — Ferner heißt es in der Resolution: Die einzelnen Kollegen verpflichten sich, das Unterschreiben der Meisterverträge unter allen Umständen zurückzuweisen und dort, wo ohne ihre Kenntnis derartige Verträge geschlossen sind, der Kommission Mitteilung zu machen und die Arbeit dort ruhen zu lassen, bis unsere Bedingungen anerkannt sind. — Die Versammlung protestiert gegen die von der Presse des Arbeitgeber-Bundes in die Welt gesetzte Lüge, daß unsere Arbeitsleistungen zurückgegangen sind und wir auf Kosten unserer Arbeitgeber faul, interesse- und gewissenlos unsere Arbeit verrichten. Der Beweis hierfür, daß diese Organe böswillig verleumden, liegt darin, daß schon in den achtziger Jahren höhere Accordpreise bezahlt wurden, wie heute. — Die Versammelten verpflichten sich ferner, dem Centralverband der Maurer beizutreten, soweit sie noch nicht Mitglieder desselben sind, und jede Sonderinteressen beiseite zu legen, da nur durch geschlossenes Handeln die Angriffe zurückgewiesen werden können.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 22. September, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegasse, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gesele: Fortschritt und Kultur. III. Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Wankel-Garmonium. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. Montag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, pünktlich, im unteren Saale des Englischen Gartens, Alexanderstr. 27 c: „Beachtende Versammlung.“

Tagelöhner-Verband. (Bezirk Berlin und Umgegend.) Am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal X: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Unsere Arbeitgeber wie sie sind und wie sie sein sollen. 2. Die Entlassung des Kollegen in der Konium-Gesellschaft Friedrichshagen. 3. Bericht unres. Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission. Gäste haben Zutritt.

Allgemeine Kranken- und Tierhefasse der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg.) Mitglieder-Versammlungen finden am Sonntag in folgenden Filialen statt: Berlin III, abends 9 Uhr, bei Bergner, Reichensbergerstr. 157. Berlin IV, abends 9 Uhr, bei Wille, Andreasstraße 26. Berlin V, abends 9 Uhr, bei Sidow, Lützowstr. 88. Berlin VI, abends 8 1/2 Uhr, bei Dieck, Adorfstr. 123. Charlottenburg, abends 8 1/2 Uhr, bei Feder, Bismarckstr. 74. Nixdorf, abends 8 1/2 Uhr, bei Hilde, Kirchhofstr. 41. — Am Sonntag: Filiale Berlin IX, vormittags 10 Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8.

nach Ermittlungen des fgl. Volksgewerksbundes.			
Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut	13,85	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,70
„ mittel	13,85	„ do. Bauch	1,20
„ gering	13,85	Schweinefleisch	1,60
† Roggen, gut	13,81	Rohfleisch	1,70
„ mittel	13,77	Hammelfleisch	1,60
„ gering	14,80	Butter	2,80
* Gerst, gut	14,00	Eier 60 Stk	4,40
„ mittel	13,20	Korpfen 1 kg	2,20
„ gering	16,10	Kale	2,60
* Hafer, gut	15,20	Banben	2,60
„ mittel	14,30	Hechte	2,20
„ gering	14,30	Barsche	1,80
Aischfisch	—	Schleie	2,40
Heu	—	Welsch	1,40
Erbsen	40,—	Aerbe	16,—
Erbsenbohnen	50,—		
Linien	60,—		

† ab Bahn. * frei Wagen und ab Bahn. **Produktenmarkt** vom 20. September. Die matte Tendenz auf dem Getreidemarkt dauerte auch heute an, obwohl sich diese gegen Ende des gestrigen Berichts und an der Nachbörse wesentlich besserte. Von auswärts fehlte es heute an jeder Anregung. In Amerika waren die Börsen gestern wegen des Begräbnisses des Präsidenten Mc Kinley geschlossen. Paris meldete niedrigere Preise und Oestreich-Ungarn kam ebenfalls mit bedeutend herabgesetzten Notierungen. Das Angebot war klein, die norddeutsche feuchte und südliches ist immer noch nicht rentabel. Die Lieferungspreise für Weizen gaben 1/2 bis 1 M. nach, ebenso diejenigen für Roggen und zwar namentlich auf Verkäufe einer hiesigen Importfirma. Wehl lag unverändert. Von Futtermitteln war Hafer bei geringem Geschäft schwach; von Reis La Plata unverändert; amerikanischer Weizen fehlte. Rüböl namentlich für hintere Sichten schwach.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 21. September 1901. Stetlich warm, zunächst meist heiter bei frischen südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sperrstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. **G. W. 84.** Wir kennen die Krankenkasse „Berolina“ nicht. Aber die kassatorische Bestimmung der Kasse, daß die Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung erfolgt, gibt zu Bedenken Anlaß. Bisher sind so ziemlich alle Krankenkassen, die diese verwerfliche Bestimmung hatten, jämmerlich verflocht. **W. 100.** Zahlen Sie nichts. Durch Zahlung würden Sie Ihr Wahlrecht nicht erlangen. Nach Ansicht des Ober-Berwaltungsgerichts ist die Aufnahme im Krankenhause nicht die Aneignung der Armenunterstützung. — **J. R. 29.** Inferieren Sie — 1000. Ja. — **J. 567.** 1. Widerspruch kann auch nach Ablauf der drei Monate erhoben werden. 2. Ja. Bestimmte Personen empfangen wir nicht. — **S. T. 33.** Sie sind im Juxium. Es ist wiederholt und ausdrücklich an dieser Stelle hervorgehoben: Männer können seit dem 1. 1. 1900 vor erlangter Volljährigkeit nicht heiraten; die Volljährigkeit muß zur Zeit des Aufschlags vorhanden sein. Mädchen können vor dem 21. Lebensjahre (vom 16. Lebensjahre ab) mit Einwilligung ihres Vaters oder Vormundes heiraten. Sie können also auch mit Genehmigung ihres Vaters nicht vor vollendetem 21. Lebensjahre heiraten. — **W. 39.** Bürgerrecht wird in Berlin nicht ausdrücklich verliehen. Wer wahlberechtigt und wer unterstützungsberechtigt ist, ist Ihnen wohl bekannt. — **J. R. 31.** 1. Unter Geschäftsguthaben ist das gesamte Guthaben, also Darlehen und eventuelle Geschäftsguthaben zu verstehen. 2. Nein. — Es ist dringend erforderlich, daß Genossenschaftler vor Eingangs solcher mitteilender Verpflichtung an der Hand des Statuts sich genau über ihre Pflichten informieren. 3. Nein. — **S. J.** Zu spät. **G. W. 59.** 1. und 2. Ja; am besten ist in solchen Fällen, die Gespann, falls sie über 18 Jahre alt ist, läßt sich vom Amtsgericht für volljährig erklären. 3. Nein. — **S. P. 700.** Nur Rücksprache beim Bezirkskommando kann zu Ihrem Ziele führen; Sie können Auslandsurlaub erhalten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 21. September.
Cyberhaus. Das goldene Kreuz. Nebenbühel. Auf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Torquato Tasso. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Romelli Angot. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Trianon-Theater. Lebende Ueber. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Die Kronprinzenden. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Goldgrube. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leitung. Hans Rosenhagen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Sein Doppelgänger. Vorher: Im Coupe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das ewig Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Indine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Bunttes Theater. Ueberbrett. Auf. 8 Uhr.
Central. Giroflé-Giroflá. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Mann im Monde. Anfang 8 Uhr.
Carl Weich. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtische. Die Goldgrube. Auf. 7 1/2 Uhr.
Reke-Miliane. Falos. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Wolke. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubensch. 18/49. (Im Theater.) Abends 8 Uhr.
Ja kleinen Preisen: Mittelmeerfahrten.
Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Kronprinzenden.
Dionisches Schauspiel in 5 Akten von Henrik Ibsen, überlegt v. Adolf Strodtmann. (Zeit der Weimarsage.)
Sonntagm. 3 Uhr:
Das Gefängnis.
Sonntagabend 8 Uhr:
Heimat.
Montagabend 8 Uhr:
Heimat.

Metropol-Theater.

Schön war's doch!
Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Else de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
Gastspiel:
Saharet!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
W. Noacks Theater.
Brunnerstraße 16.
Geschlossen.
Gröffnung der Winter-Saison
am Sonntag, den 22. September.
Die wilde Kage.
Posse mit Gesang in vier Akten von Rammstadt und Keller. Ruht von Steffens.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Letzte Woche!
Mittelmeerfahrten.
(Kleine Preise.)
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Zoologischer Garten

Entree 1 Mark.
Ab 4 Uhr abends 50 Pf.
Kinder die Hälfte.
Heute u. folgende Tage ab 4 Uhr nachmittags Grosses Doppel-Konzert.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.
Cirkus Alb. Schumann.
Renz-Gebäude, Karlsruherstr.
Sonnabend, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr:
Gröffnungs-Vorstellung.
Austreten:
Künstler und Künstlerinnen nur allerersten Ranges.
Neu für Berlin:
Direktor **Alb. Schumann** mit seinem für Berlin neuen Original-Programm.
Cirkusfeste ab 10 Uhr geöffnet.
Alles Nähere Tages-Plakate.

Central-Theater.

Deute, Sonnabend, 21. September: Anfang 8 Uhr:
Eröffnung der Winter-Saison 1901/02.
Mit vollständig neuer Ausstattung:
Giroflé-Giroflá.
Romische Oper in 3 Akten v. Charles Lecocq. — Hauptdarsteller: Mia Werber, Jenny Wildner, Therese Delma, Luise Albes; die Herren Stegmann, Kuntz, Carl Schulz, Emil Sondermann.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachmittag 3 Uhr zu halben Preisen vollständige Vorstellung:
Der Bettelstudent.
Abends 7 1/2 Uhr: Zum zweitenmale:
Giroflé-Giroflá
mit Mia Werber, Jenny Wildner, Therese Delma, Luise Albes; den Herren Stegmann, Kuntz, Carl Schulz, Emil Sondermann.
Montag und folgende Tage Anfang 8 Uhr: Giroflé-Giroflá.

Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Einmal 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Bei sehr kleinen Preisen: 10, 20, 40 Pf. usw.
Grosse Kindervorstellung May und Moritz,
die beiden kleinen lustigen Wagnarben.
Eine lustige Leubengschichte mit tollen Streichen und Schwindeln, Gesang und Tanz in 5 Akten von H. Heffing.
Abends 8 Uhr: Abends 8 Uhr:
Berliner Rangen!
Große Aufführungspose mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von H. Leonard.
Sonntagm. 3 Uhr bei kleinen Preisen (20 Pf., 30 Pf.):
Liane, die zweite Frau.
Schauspiel nach dem Roman in der „Gartenlaube“ von E. Karllit.
Thalia-Theater.
Dresdenstr. 72. Deute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
Große Aufführungspose mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Bewandlungen. Guido Thielscher in 11 Bewandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Boß. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

10 Spezialitäten.
Grandel. * Steidl.
Frau Luna
Luftballett Grigolatis
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

Fr. Feen-Palast, Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Unbeschreiblichen Erfolg hat das neue Sensations-Programm. Hochinteressantes Künstler-Personal.
Karl Braun
mit seiner Blü-Verwandlung Gublich allein!
Der Komponisten-Wettstreit.
Direktor Wilhelm Fröbel als Dienstmann Meler in der Gesangsposse
Rosenmontag
Lebende Photographien usw.
Anfang: Wochentags präc. 8 Uhr, Sonntag präcise 7 Uhr.
Billet-Vorverkauf 11-1 Uhr.
Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Wiederanstreten von **Adolf Hoffmann.**
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
Nach jeder Saison: Tanz.
Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert.
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Sätze bei Festlichkeiten und Versammlungen frei.
Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer
Kottbuserstr. 1.

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit:
Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mitt., 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Casino-Theater

Lothringerstrasse 37.
!! Glänzender Erfolg!!
Abendliche 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Erstklassige Spezialitäten.
Fritz Steidl usw.
Berlin N. — Berlin W.
Entree 50 Pf. bis 3 M.
Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Dionisches Programm, u. a. „Bosco“.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmstes Vergnügungsort!
Sehenswürdigkeit Berlins!!!
In den sieben grossen wunderbar dekorierten Stadtbahnhöfen täglich **Internationale Konzerte.**
Spezialitäten-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften!
Special-Ausschank der Berliner Backbrauer.
Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.
Ökonom Gustav Freilipp.

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17
Ecke Leipzigerstrasse.

Belle Alliancoestrasse 1-2
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurterstrasse 113
Ecke Andreasstrasse.

Ein grosser Posten Knaben-Garderobe.

Nur so lange der Vorrat reicht.

Anzüge in Jacken-, Blousen- und Joppen-Façons.

Vorzügliche Qualitäten in verschiedenen Farben.

für das Alter von ca.	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8 Jahren
	4, ⁹⁰ _{Mk.}	5, ⁴⁰ _{Mk.}	5, ⁹⁰ _{Mk.}	6, ⁴⁰ _{Mk.}	6, ⁹⁰ _{Mk.}	7, ⁴⁰ _{Mk.}

für das Alter von ca.	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8 Jahren
	5, ⁶⁵ _{Mk.}	6, ¹⁵ _{Mk.}	6, ⁶⁵ _{Mk.}	7, ¹⁵ _{Mk.}	7, ⁶⁵ _{Mk.}	8, ¹⁵ _{Mk.}

Blousen-Anzüge marineblau Cheviot

in vorzüglicher Verarbeitung

für das Alter von ca.	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8 Jahren
	8, ⁷⁵ _{Mk.}	9, ⁷⁵ _{Mk.}	10, ⁷⁵ _{Mk.}	11, ⁷⁵ _{Mk.}	12, ⁷⁵ _{Mk.}	13, ⁷⁵ _{Mk.}

Ausserdem ein Posten einzelner Anzüge à 1,⁹⁰_{Mk.} 3,⁴⁵_{Mk.} 3,⁹⁰_{Mk.} 4,⁵⁰_{Mk.}

Diese Artikel werden an Wiederverkäufer nicht abgegeben.

Möbel kauft man am **Fabriklager** des Tischlermeisters **Julius Kiwy, Chausseestr. 51.**
besten und billigsten im

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. **M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.**

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Douthstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Restoration zum Inventarpreise
zu verkaufen. Zu erfragen bei Linders,
Salzweberstrasse 8, parterre. 177*

Gutgehende Depilation und
Restoration wegen anderweitiger
Nebenberufe billig zu verkaufen.
Näheres bei Kaufeldt, Markstr. 47.

Milchgeschäfts-Einrichtungen, als
Milchfässer, Milchformen, Milchliche etc.
billig bei Jordan, Kleine Markstr.
Strasse 28. 804R*

Gardinenhand Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 137*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
enorm billig. Gutfabrik, Comp. Str.
Kaiserstrasse 25A, früher Darm-
strasse 4 und 5. 808R*

Spezialität Teppiche, Decken,
Stoppdecken, Gardinen, Remantol-
uhren, Regulatoren verkauft Verhönd
Reanderstrasse 6. 75/8*

Möbelverkauf, neue und ge-
brauchte. Römer, Sebastianstrasse 81.

Kleiderpinde 15 an, Küchen-
spinde 14, ganze Ausstattung. Dräger,
Reichenbergerstrasse 178. 601b

Metalbetten, hoch elegant, Patent-
matrassen 40, Kappoth, Pfingst 17,
Dürrgebäude. 606b

Teppiche mit Farbenschlern,
Fabrikatverlage Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 137*

Kanarienhähne, Vorfänger, Knorr,
Hohl- und Ringelkroter. Schmidt-
strasse 154a, IV. 1527b

Kinderswagen, Sportwagen,
Nietenstuhl, Bogar Baby, Juva-
lidenstrasse 100, Frankfurterstrasse 115,
Oranienstrasse 31, Belle Alliance-
strasse 107, Reindendorferstrasse 2d, o,
Charlottenburg, Wilmsdorferstrasse
Nr. 55. Teilszahlung gestattet. 722R*

Nähmaschinen und Feuer-Ver-
sicherung vermittelt Gustav Schmidt,
Solmsstrasse 43, Hof Keller. 857b

Gaslocher! Sparpflume! Ein-
lochgaslocher 1,00, Zweiflochlocher 5,00,
Dreiflochlocher 9,00. Geschlossene
Gaslocher 10,00! Bad-Bügelapparate,
Wass-Bügelstiefeln billig! Waschbecken
6,00. Wöhlauer, Wallnertheaterstrasse
Speinlindendrehig. 2598b*

Stoppdecken billig! Fabrik Große
Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Restoration zu verkaufen Hofstr.
strasse 40. 575b*

Möbel, Eleganz, 4 Zimmer,
darunter Sofa 20,00, Bettstelle mit
Federmatratze 12,00, Kommode 10,00,
geschliffener Trumeau 30,00, Tisch-
spielset 10,00, elegantes Gläserglo,
Winkelbetten, Regulatoren, Delgemälde,
verschiedenes sofort verlässlich Waren-
strasse 148, vorn I. Unts. 1135*

Uhren für Herren und Knaben ver-
kaufe ich seit 12 Jahren, wie bekannt,
an billigen. Uhrmacher Reihner,
Stallstrasse 23, parterre. 576

Bettfedern, Pfund von 45 Pf.
an, echt chinesische Mandarinenbäumen,
Pfund 1,00. Badrlager Landsberger-
allee 37, I. 843K*

Strickmaschinen, Schlauchloch,
neu, 110, gedruckte billig! Vieders,
Landsbergerstrasse 50. 591b

Nähmaschinenlager sämtlicher
Systeme ohne Auszahlung, Woche 1,00
Lieferung sofort, Landsbergerstrasse 82!

Sorja elegante Herrenhosen
aus feinsten Stoffen 9-12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Besandhaus Germania, Unter den
Linden 21, II. 848R*

Englische Drehtische Rammangels
billig verlässlich Markstrasse 14. 1766

Fahrrad, Brennabor, 35,00. Schön-
lanier-Klee 177a. Kaufsch. 694b

Ringschiffchen, neue, 100,00, ge-
braucht nehme in Zahlung. Vieders,
Landsbergerstrasse 50. 592b

Vermischte Anzeigen.
Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat-
erteilung, Andreasstrasse dreiund-
sechzig. 5295*

Patentanwalt Dammann, Ma-
riepfah 57, Auskunft bis abends
neun. 767R*

Unfallfachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen. Fudger, Steglitzer-
strasse 65. 1405*

Kaufhäuser von Frau Kolosky,
Stettinwegstrasse 48, Dierckebäude hoch-
parterre.

Väterantoni zu höchsten Preisen.
Eyslein, Markgrafenstrasse 101.

Restaurant und Festsaal von
Julius Bernau, Schwedterstr. 23/24.
Zur Herbstsaison halte mein Vokal
auf das Beste empfohlen. Theater-
Vorstellungen, Langspielarbeiten,
Kollaborationen aller Art. Speisen
à la carte. Gut gepflegte Bier. 6815*

Augustabad, Köpcke-Strasse 60
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-
tassen. 736R*

Achtung! Empfehle meine Restau-
ration zur freundlichen Benutzung.
Bereinszimmer mit Pianino noch
einige Tage in der Woche frei. Paul
Kobus, Andreasstrasse 33. 805R*

Saal und Vereinszimmer empfehle
Jannasch, Inselstrasse 10. 706R*

Bereinszimmer mit Pianino zu ver-
geben, passend für Jubiläen. Theodor
Scherbina, Franziskaner-Klee 198. *

Bereinszimmer mit Piano zu
vergeben, passend für Jubiläen.
Rudolf Jurran, Raumstrasse 80. *

Bereinszimmer mit Pianino
Rauentwilerstrasse 49.

Gesang und Klavier-Ausbildung,
Einstudierung von Liedern, Stunde
50 Pf., bei akademischem Meister,
Stargarderstrasse 62, vorn IV. Unts.

Gefläre hiermit den Restaurateur
Carl Leber für einen ehrenhaften
Rann. S. Platz. 106

Säle sowie Vereinszimmer Sonn-
abende und Sonntage noch frei Neue
Königsstrasse 7. 113/9*

Schlafstellen.
Freundliche Schlafstelle. Hanne-
mann, Reichenbergerstrasse 106, vorn
parterre. 588b

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Binder Stuhlrechter bittet um
Arbeit. Stühle werden zu den
billigsten Preisen geflochten, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: Rulandstrasse 27,
K. Gläser.

Stellenangebote.
Zeichner, Gehilfen verlangt
Jacobs, Fohstrasse 27. 567b

Tapeten-Verlängerer verlangt Kraft,
Köpenickerstrasse 190. 530b

Dirigent, geübter, sucht Gesang-
vereine. Ansprüche monatlich 10 bis
12 Mark. Meldungen Stargarder-
strasse 62, vorn IV. Unts. 117/19*

Verfälscher verlangen Jodel u.
Strolch, Holzmarktstrasse 33a. 77/1

Schriftmaler für Glasbilder u.
verlangt Brodmüller, Friedrich-
strasse 33. 579b

Dalischarbeiter, geübt auf Holz-
bäden, erhalten Arbeit. Graef,
Markstrasse 50. 589b

Mädchenjaden-Arbeiterinnen ver-
langt Gulle, Frankfurter-Allee 182, III.

Mädchenjaden-Arbeiterinnen ver-
langt Gulle, Frankfurter Allee 18. 1*

Junge Mädchen auf Dagebieren
bei sofortigem Bedienst und dauernder
Beschäftigung suchen Christ u. Co.,
Wallstrasse 57. 3905*

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

**Volkerversicherungs-
Inspektoren**
finden dauernde, einträgliche
Stellung bei alter, gut organi-
sierter Gesellschaft, welche Steuer-
kasse und kleine Lebens-
versicherung (ohne Boden-
prämie) auf fester Grundlage
betreibt. Offerten unter S. E. 7907
an Rudolf Woske, München.

Goldleisten.
Einen tüchtigen Einpader verlangt
Max Leonhardt, Schleierstr. 31. 174*

Achtung, Korbmacher!
In der Korbwaren-Fabrik von
Schmidt & Co., Dresdener-
strasse 81, befinden sich sämtliche
Korbwaren wegen Preisdifferenzen
auf Angelkäufe im Streif.
Zugang ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.